

August Bebel
Ausgewählte
Reden und Schriften

Band 8/1

August Bebel
Ausgewählte Reden und Schriften

Band 7 bis 9
1899 bis 1913

Herausgegeben vom
Internationalen Institut für Sozialgeschichte
Amsterdam

August Bebel
Ausgewählte Reden und Schriften

Band 8/1

Reden und Schriften
1906 bis 1913

Bearbeitet von
Anneliese Beske und Eckhard Müller

K · G · Saur 1997

Gedruckt mit Unterstützung
des Förderungs- und Beihilfefonds
Wissenschaft der VG Wort

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Bebel, August:

Ausgewählte Reden und Schriften / August Bebel.
– München : Saur.

Teilw. hrsg. von Gustav Seeber. – Teilw. im Dietz-Verl., Berlin
Bd. 8. Reden und Schriften : 1906 bis 1913 /
Bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller.
[Hrsg. vom Internationalen Institut für
Sozialgeschichte, Amsterdam].

1. – (1997)

ISBN 3-598-11277-7



Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed on acid-free paper

Alle Rechte vorbehalten / All Rights Strictly Reserved
K.G. Saur Verlag, München 1997
Part of Reed Elsevier

Druck: Strauss Offsetdruck, Mörlenbach
Binden: Buchbinderei Schaumann, Darmstadt

ISBN 3-598-11277-7

Reden und Schriften

Neujahrsbetrachtung

Artikel in der „Gleichheit“

10. Januar 1906

Unter Donner und Blitz ist das alte Jahr zu Grabe gegangen, und unter Donner und Blitz ist das neue erstanden. Es sind die Ereignisse im Osten Europas, die gegenwärtig das Interesse aller denkenden Menschen, insbesondere aber des klassenbewußten Proletariats aller Länder in Anspruch nehmen. Auf aller Lippen ruht die Frage: Was wird das werden? Wie wird das enden?

Eine große russische Revolution¹, die das ungeheure Reich bis in seine tiefsten Tiefen aufwühlt, und wenn sie siegreich ist, nicht nur die Zustände in Rußland von Grund aus verändert, sondern auch den Anstoß zu großen Veränderungen in den ökonomisch entwickelteren Staaten gibt: wer hätte dieses vor wenig Jahren für möglich gehalten? Und obendrein eine Revolution, in der nicht das Bürgertum, wie unsere Gegner glaubten annehmen zu dürfen, sondern das klassenbewußte Proletariat die führende und leitende Rolle übernommen hat. Während wir in Mittel- und Westeuropa uns die Köpfe zerschlagen, ob das Proletariat für eine führende geschichtliche Rolle reif sei, ob es vermöge, die Staatsleitung in seine Hände zu nehmen, und über diese Frage lang und breit tiefgründige Erörterungen pflegen, hat das russische klassenbewußte Proletariat, das weder an Zahl noch an politischer Erfahrung, noch an geschlossenen Massenorganisationen es mit dem mittel- und westeuropäischen Proletariat aufzunehmen vermag, und das in einem Lande von überwiegend primitiver sozialer und kultureller Entwicklung lebt, alle Theorien und Klügeleien über den Haufen geworfen und frisch Hand ans Werk gelegt. Und siehe da, was selbst in unseren Reihen vielfach für unmöglich gehalten wurde, ist ihm gelungen. Es hat sich zum Herrn der Lage aufgeworfen.

An Energie, Geschlossenheit, Einsicht und Zielbewußtheit übertrifft es unbestritten alle bürgerlichen Parteien. Sollte es vorerst sein Ziel nicht ganz erreichen, so liegt das nicht an ihm, sondern an Faktoren, die zu überwinden und zu beherrschen noch außerhalb seiner Macht liegt. Aber auf alle Fälle hat es der Entwicklung Rußlands nach vorwärts einen gewaltigen und wirkungsvollen

1 Siehe hierzu Nr. 42 und 43 in Band 7/2 dieser Ausgabe.

Anstoß gegeben. Es ist von jetzt ab der einflußreichste Faktor in der sozialen und politischen Entwicklung des Landes. Ohne das Proletariat ist ein modernes Rußland unmöglich.

Und wie diese russische Revolution wider alle bisherigen programmatischen Auffassungen bürgerlicher Ideologen von dem Entstehen und der Entwicklung von Revolutionen entstand und wirkt, so sind auch die Kampfmittel entsprechend der Rolle, die das Proletariat in dieser Revolution spielt, ganz andere als alle bisherigen. Zunächst beginnt ein zäher, ausdauernder, nach kurzen Zwischenpausen sich immer wieder erneuernder passiver Widerstand durch Streiks und Massendemonstrationen, ein Widerstand, der für die Staatsgewalt ungreifbar ist und doch alles in Verwirrung und Auflösung bringt. Ein Kampfbeispiel, dem schließlich sogar ganze Kategorien staatlicher und öffentlicher Beamter und Angestellter mit Begeisterung und mit überraschender Einmütigkeit Folge leisten. Es ist zunächst, wir möchten sagen, eine *stumme* Revolution, in der die Masse durch die Ruhe, mit der sie handelt, wirkt und imponiert. Dieser Kampfweise steht das herrschende Regiment machtlos gegenüber. Es sieht sich von allen Seiten von zahllosen Feinden umgeben, es vermag sie aber nicht zu fassen. Und dieser stumme, passive Kampf der Massen wirkt merkwürdig ansteckend. Er greift über in die eigenen Lager der Feinde und gewinnt hier zahlreiche Bundesgenossen; er erschüttert und untergräbt so auf das wirksamste die feindliche Stellung.

Streikende Arbeiter waren bisher nirgends eine Seltenheit, aber streikende Soldaten, Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamte, sogar streikende Polizei- und Grenzbeamte, das ist, wenn wir von dem wenige Tage dauernden Schweizer und holländischen Eisenbahnerstreik absehen, noch nicht dagewesen. Diese Vorgänge greifen dem verstocktesten Staatssünder an die Nieren.

Und noch nach einer anderen Richtung erweist sich diese Revolution als höchst merkwürdig. In keinem Lande haben die Frauen bisher eine so hervorragende, auf dem Fuße der Gleichberechtigung stehende Tätigkeit entfaltet als in den verschiedenen Schichten der russischen Gesellschaft. Die russische Frau besitzt in solchem Maße die volle gesellschaftliche Gleichberechtigung und Wertschätzung, daß die Russin die anders gearteten Verhältnisse in Mittel- und Westeuropa kaum versteht und namentlich vor der Aschenbrödelrolle der deutschen Frau nichts weniger als Hochachtung empfindet. Rußland war bekanntlich das erste Land, in dem die Frauen sich mit Eifer auf die Studienfächer der Männer warfen und ihnen mit Erfolg nacheiferten², und es waren auch die russischen Frauen, die von Beginn der revolutionären Bewegung an Hand in

2 Siehe hierzu S. 468 ff. in Band 10/2 (Die Frau und der Sozialismus) dieser Ausgabe.

Hand mit den Männern gingen und kämpften und von diesen als gleichstehende und gleichwertige Kameraden angesehen und geschätzt wurden.³ Es ist daher auch nur natürlich, daß bisher noch in keiner Revolution die Frauen einen so großen und maßgebenden Einfluß ausübten wie in der jetzigen russischen Revolution, und daß, wo immer die Frage nach den zu erwerbenden politischen Rechten entstand, es als selbstverständlich angesehen wird, daß diese für Männer und Frauen nur die gleichen sein können.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert die politische und soziale Gleichstellung der Geschlechter in ihrem Programm^[559], und kein Mitglied der Partei wird wagen, diese Programmforderung zu bekämpfen. Aber gibt es keine öffentliche Gegnerschaft in der Partei, so gibt es doch, wie jeder weiß, eine gewisse latente (verborgene) innerhalb einzelner Kreise, die sich durch Passivität für alles, was mit der Gleichberechtigung der Frau zusammenhängt, bekundet und unseren Genossinnen ihren Kampf für die Hebung ihres Geschlechtes erschwert.

Ein solcher Zustand ist in Rußland unmöglich, so sehr unmöglich, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern, die bei uns mit Recht als das politisch rückständigste Element angesehen werden, auf ihren Kongressen widerspruchlos eintreten für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht der Frauen. Obgleich auch bei dem deutschen Bauern die Wirtschaft ohne die Frau nicht bestehen kann und diese sogar das Hauptplastier in derselben ist, erscheint es ihm als eine Naturwidrigkeit, ihr auch die gleichen politischen Rechte einzuräumen, die er besitzt.

Es kann also geschehen, daß die Revolution in Rußland den Frauen Rechte bringt, auf die sie bis heute in Europa, von schwachen Ansätzen in England und Norwegen abgesehen, noch vergeblich warten. Unter diesen Umständen haben die deutschen Frauen ein ganz besonderes Interesse an dem weiteren Gange der russischen Revolution, die nicht bloß für die Arbeiterklasse, sondern auch für ihr Geschlecht bahnbrechend wirken wird.

Aber die russische Frau und Proletarierin kämpft nicht nur mit geistigen Waffen Seite an Seite mit den gleichgesinnten Männern. Der passive Widerstand durch Massenstreiks und friedliche Demonstrationen hat sich namentlich im „heiligen“ Moskau, der alten Hauptstadt des Reiches, zum aktiven Kampfe, zum Angriff gesteigert. Die Revolution stieg auf die Straße und suchte mit der Flinte und dem Revolver zu erreichen, was ihr bisher durch den passiven Widerstand noch nicht zu erreichen gelang. Die Straßenkämpfe, die das alte Moskau in den christlichen Feiertagen erlebte^[560], wobei Proletarierblut in Strömen floß, gehören mit zu dem Großartigsten, was die Geschichte an dauernder, opfermutiger

3 Siehe hierzu Nr. 243 in Band 9 dieser Ausgabe.

Hingabe für ein großes Ideal kennt. Und in diesen heroischen Kämpfen standen die russischen Frauen, wie selbst die Feinde bewundernd zugestehen, in Massen in den vordersten Reihen und schlugen ihr Leben in die Schanze, um der Revolution den Sieg zu erringen.

Was bürgerliche Revolutionen früherer Perioden nur vereinzelt sahen, was aber schon in den Kämpfen der Kommune in höherem Grade sich wiederholte, – daß Frauen an den revolutionären Kämpfen mit der Waffe in der Hand tätigen Anteil nahmen – das tritt in der russischen Revolution unserer Tage als Massenerscheinung auf: Die Beteiligung der Frauen an den Straßenkämpfen wird ein Faktor von weltgeschichtlicher Bedeutung, der in den revolutionären Kämpfen der Zukunft als typische Erscheinung wiederkehren wird. Damit haben sich die russischen Frauen ihr volles Bürgerrecht erobert; sie haben sich auch dort den Männern ebenbürtig gezeigt, wo man es bisher von ihnen nicht erwartete und forderte, auf der Barrikade und in den Kämpfen der Straße.

Der Gang der Dinge im Osten beeinflußt in hohem Grade auch unseren Marsch in Deutschland, wo bisher aller Fortschritt sich nur schrittchenweise vollzog, nicht selten begleitet von einem großen Rückschritt. Auch für uns und ganz Westeuropa hat die russische Revolution eine tief einschneidende Bedeutung. Haben bisher schon alle bürgerlichen Volksbewegungen über die Grenzen des Landes, in denen sie sich abspielten, einen oft sehr erheblichen Einfluß ausgeübt – die große französische Revolution erschütterte ganz Europa und wälzte es mehr oder weniger um –, so müssen Revolutionen, in denen das moderne Proletariat seine historische Rolle übernimmt, noch in weit höherem Grade internationale Wirkungen ausüben.

Die Mittel für die Verbindungen und den Verkehr sind ins Riesenhafte gewachsen und haben sich über alle Länder der Erde erstreckt. Die Ideenentwicklung und die Verbindungen der gleich denkenden und gleich strebenden Geister haben sich ins Unendliche vermehrt und umfassen alle Kulturländer der Welt. Die politische Bildung und die soziale Erkenntnis des klassenbewußten Proletariats haben einen Reifegrad erreicht und sind so weit verbreitet, wie das Bürgertum niemals ähnliches im Laufe seiner Entwicklung kannte.

Allerdings sind auch entsprechend den Massen, die heute in den Bewegungen stehen, die Ziele gewachsen, die sie zu erreichen haben, werden Aufgaben von einer Größe und einer Bedeutung gestellt, wie sie im Laufe geschichtlicher Entwicklung niemals einer aufstrebenden Klasse gestellt worden sind. Ist doch der Befreiungskampf des Proletariats der letzte Klassenkampf, den die Menschheit zu führen hat, um in das Reich voller menschlicher Freiheit und Gleichheit zu gelangen. Und das Proletariat findet hierbei Widerstände, wie sie früher ebenfalls niemals vorhanden waren. Das erklärt, daß der Gang der Dinge schein-

bar ein so langsamer ist, während es sich doch nur um ein Kräftesammeln handelt, um den letzten entscheidenden Kämpfen gewachsen zu sein.

Die Strahlen der Sonne im Osten bescheinen den Beginn des neuen Jahres. Daß es nicht nur für Rußland, sondern auch für uns ein gedeihliches, unserer Sache förderliches werde, liegt in erster Linie an uns. Der Frau erscheint in erhöhtem Grade die Hoffnung, daß auch für sie die Befreiungstunde schlägt, die sie zu einer Freien und Gleichen macht, als welche sie ihr eigenes Wohl mit dem des Ganzen fördern kann. Das neue Jahr fordert neue und erhöhte Arbeit für die Befreiung der Unterdrückten aus jeglicher Fessel. Gehen wir mit dem Entschluß an diese Arbeit, daß wir siegen wollen und siegen müssen, und daß kein Opfer uns zu groß ist, unser Ziel zu erreichen.

Die Gleichheit (Stuttgart),
Nr. 1 vom 10. Januar 1906.

Sollten und wollten wir um Marokko Krieg führen?

Rede im Deutschen Reichstag zum Haushaltsetat 1906 ^[561]

5. April 1906

Meine Herren, ich verstehe die Zurückhaltung, die heute der Herr Reichskanzler¹ in bezug auf die eben geschlossene Konferenz in Algieras^[562] sich in seinen Ausführungen auferlegt hat. Aber das, was er gesagt hat, genügt doch gerade, um die Politik, die wir Marokko und speziell Frankreich gegenüber in den letzten zwei Jahren beobachtet haben, in das rechte Licht zu setzen. Der Herr Reichskanzler hob selbst hervor, im vorigen Sommer seien Wochen gewesen, wo der Gedanke an kriegerische Verwicklungen die Gemüter beunruhigt habe, und er stellte dann die Frage: sollten und wollten wir um Marokko Krieg führen? – und er antwortete: wir hatten kein direktes politisches Interesse Marokko gegenüber zu vertreten; wir haben keinerlei politische Aspirationen in bezug auf Marokko geltend zu machen. Wenn dem so war, und wenn dem so ist, so entsteht die Frage: woher kam denn der Lärm, der den ganzen vorigen Sommer die Welt beunruhigt hat? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, wo Rauch ist, ist Feuer – dieses Wort hat hier Geltung, und ich muß hervorheben, daß es der Herr Reichskanzler selbst war, wenn ich mich recht entsinne, der im Juli v.J. einem Interviewer des „Matin“ gegenüber erklärte, daß in den letzten Wochen die Situation eine außerordentlich bedenkliche und gefährliche gewesen sei. Meine Herren, ist unsere Stellung Marokko gegenüber derart, daß es sich bei dem ganzen Streit nur darum handelte, das Prinzip der offenen Tür zur Geltung zu bringen, dann verstehe ich nicht, wie dieser Marokkorummel, um mich einmal so auszudrücken, Europa in Unruhe versetzen konnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist mir bis heute weder aus den uns vorgelegten Mitteilungen im Weißbuch noch aus den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers im geringsten verständlich geworden, woher der scharfe Gegensatz kam, der im Frühjahr 1905 im Vergleich zu der früheren Haltung der deutschen Politik in bezug auf Marokko vorhanden war. Am 14. April 1904 – ich glaube, das war das Datum, nach dem der Vertrag zwischen England und Frankreich in bezug auf Marokko öffentlich

1 Bernhard von Bülow.

bekannt geworden war – erklärte der Herr Reichskanzler hier im Hause auf eine an ihn gerichtete Anfrage, daß Deutschland keine Ursache habe, dem abgeschlossenen Verträge mißtrauisch gegenüberzustehen, daß Deutschland im Gegenteil sich freue, und dadurch alle Aussicht vorhanden sei, daß die Dinge in Marokko einen ruhigen und friedlichen Verlauf nehmen würden. Dabei würden auch die verhältnismäßig geringen materiellen und ökonomischen Interessen, die Deutschland in Marokko zu verfolgen habe, am besten gewahrt werden. Ein Jahr später lautete es ganz anders. Als ich damals den Herrn Reichskanzler interpellierte, was denn die Ursache dieses plötzlichen Umschwunges sei^[563], erklärte er, darüber habe er sich nicht auszusprechen. Wenn er heute anders auftrete Frankreich gegenüber als vor einem Jahre, dann komme das daher, daß er sich selbst den Zeitpunkt zu wählen pflege, in dem er seine Ziele zu erreichen suche. Meine Herren, wir haben allezeit erklärt, daß Deutschland allerdings ein, wenn auch vorläufig nur geringes Interesse daran habe, daß ihm die offene Tür in Marokko erhalten bleibe. Durch den Vertrag vom 8. April 1904 zwischen England und Frankreich war aber dieser auf mindestens 30 Jahre hindurch stipuliert. Es wäre also nach den eigenen heutigen Ausführungen des Reichskanzlers nur die Frage gewesen, ob es nicht möglich war, damals zu erlangen, daß diese Bestimmung des Vertrages für Marokko modifiziert wurde und die Bestimmungen des Madrider Vertrages von 1880^[564] an deren Stelle treten sollen. Festgehalten muß auch werden, daß von vornherein die Situation Deutschlands in dieser Angelegenheit eine ziemlich eigentümliche war. Der Vertrag vom 8. April 1904 war von Italien und Spanien gebilligt, von Rußland ebenfalls, also von drei Mächten, die an den Bestimmungen des Madrider Vertrages von 1880 aufs lebhafteste berührt wurden. Im ganzen hatten also fünf Mächte ihre Zustimmung zu dem Verträge gegeben, und so war Deutschland von vornherein in einer isolierten Lage, wenn es mit seiner Forderung auftrat. Aber gleichwohl war es notwendig, daß Deutschland in dieser Beziehung seine Interessen geltend machte.

Nun möchte ich vor allen Dingen eins ausführen. Wenn die Regierung, speziell der Herr Reichskanzler, die Notwendigkeit anerkannte, den deutschen Reichstag über diplomatische Verhandlungen mit dem Ausland in einer bestimmten Frage zu unterrichten, so mußte das auch möglichst gründlich geschehen. Ich muß gestehen, daß den Mitteilungen gegenüber, die uns in dem Weißbuch gemacht worden sind, im Vergleich zu den Mitteilungen, die der französischen Deputiertenkammer durch das Gelbbuch der französischen Regierung gemacht wurden, die Stellung des deutschen Reichstags eine klägliche genannt werden muß. Die ganze Unbedeutendheit und Einflußlosigkeit, welche der deutsche Reichstag in bezug auf die auswärtige Politik besitzt, kommt sehr klassisch und deutlich zum Ausdruck in dem Umfang und Inhalt der beiden diplomatischen

Aktenstücke, die den Volksvertretungen zugestellt worden sind. Das deutsche Weißbuch, das hier vor mir liegt, hat im ganzen 39 Seiten mit 27 Aktenstücken, und dabei Aktenstücke – worauf ich später komme –, die nur auszugsweise mitgeteilt worden sind, obwohl gerade diese besondern Wert für unsere Information gehabt hätten. Demgegenüber hat das französische Gelbbuch einen Umfang von 330 Seiten und einen Inhalt von 366 Aktenstücken, also mehr als das Zwölfwache dessen, was dem deutschen Reichstag in dieser Frage mitgeteilt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun wird in dem uns zugestellten Weißbuch gleich im ersten Aktenstücke darauf hingewiesen, daß insbesondere das Verhalten des französischen Gesandten² in Fez es gewesen sei, das die deutsche Regierung zur Intervention 1905 veranlaßt habe. Es werden hier Preßstimmen usw. mitgeteilt, aus denen hervorgeht, daß der französische Gesandte bei seinen Verhandlungen mit dem Sultan von Marokko³ bzw. seinem Ministerium erklärt habe, daß er die Forderungen, die er stelle, im Namen Europas zu stellen habe. Zweifellos wäre, wenn eine derartige Erklärung vorgelegen hätte, das ein Moment gewesen, dem gegenüber Deutschland wohl berechtigt war, Einspruch zu erheben, insofern es in diesen ganzen Angelegenheiten nicht gefragt worden wäre. Aber wenn man näher zusieht, so bin ich, namentlich nach dem Inhalt des französischen Gelbbuchs, zu der Ansicht gekommen, daß man deutscherseits alle Ursache hatte, den Versicherungen des Sultans von Marokko mit Mißtrauen zu begegnen. (Zuruf rechts.) – Selbstverständlich, und zwar aus folgendem Grunde. Nicht allein hat der Sultan von Marokko erklärt, daß seinerzeit der französische Gesandte eine solche Erklärung abgegeben habe, sondern er hat auch wiederholt dem deutschen Gesandten⁴ gegenüber auf dessen Anfrage bestritten, daß er, der Sultan, Frankreich gegenüber Zusicherungen in bezug auf die Annahme von Reformen gemacht habe. (Zuruf rechts.) – Ich glaube gar nichts, ich glaube nur, wenn ich ein Aktenstück vor mir habe, das sehr klar und deutlich das Gegenteil dessen besagt, was der Sultan von Marokko in bezug auf diesen Punkt geäußert hat. Und wenn dieses Aktenstück in seinem Auftrag von seinem eigenen Minister an den französischen Gesandten gerichtet war, so darf ich dem wohl Glauben schenken. So schreibt sein Minister Ben Sliman, und zwar unter dem 1. Juli 1904 – ich bitte, das Datum zu beachten –: Sie haben die Gründe und Erwägungen auseinandergesetzt, welche Ihre angesehene Regierung veranlaßt haben, sich mit der Herstel-

2 Taillandier.

3 Sultan Abd al Asis.

4 Ernst Langwerth von Simmern.

lung des Friedens und der Ruhe durch Vermittlung des Makhzen auf marokkanischem Gebiet und besonders an der Grenze zu beschäftigen, angesichts der persönlichen Interessen, welche die beiden benachbarten Regierungen veranlassen, sich gegenseitig Vorteile zu verschaffen und die gemeinsamen Schwierigkeiten zu beseitigen. Sie haben zugleich die wohlwollenden Absichten erläutert, von denen die französische Regierung beseelt ist, um dem Lande angemessene Reformen zu verwirklichen, die erfüllt sind von fortschrittlichem Geiste, aber durchaus gemäß den Bedürfnissen und Forderungen des scherifischen Makhzen und in einer Form, die in nichts die Freiheit des Reiches, seine Unabhängigkeit, die Sitten seiner Untertanen weder in der Gegenwart noch in der Zukunft beeinträchtigt, und alles dies entsprechend den in gewissen Artikeln der in Frage stehenden Konvention niedergelegten Bestimmungen.^[565]

Meine Herren, das offizielle Aktenstück, auf das sich mit Fug und Recht die französische Regierung hier berufen kann, gibt klipp und klar zu und spricht offen aus, daß man ihr dankbar sei für die Reformen, die sie in Vorschlag gebracht, und daß der Sultan von Marokko seinerseits geneigt sei, diese Reformen in Kraft treten zu lassen.

Ich könnte noch weitere Aktenstücke, die in der gleichen Richtung liegen, und die das eben Vorgetragene noch weiter bestätigen, ebenfalls Ihnen mitteilen. Ich verzichte darauf. Aber im Dezember 1904 machte der französische Gesandte die Beobachtung, daß bei der marokkanischen Regierung ein gewisser Widerstand in bezug auf die Reformen eingetreten war, und zwar war der französische Gesandte der Meinung, daß dieser Widerstand wesentlich hervorgerufen worden sei durch die Unterstützung, die der deutsche Gesandte der sultanischen Regierung geleistet habe, die also dadurch bewogen worden sei, ihre früheren gegebenen Versprechen entweder gänzlich fallen zu lassen oder mit möglichster Reserve zu erfüllen. Das geht auch noch aus einer Unterhaltung hervor, die der französische Gesandte mit dem Sultan hatte, worin dieser auf dessen Frage schon abschwächend erwiderte: Der größte Teil der Reformen, die Sie mir erläutern, sind annehmbar und ausführbar in sehr naher Zukunft; aber einige sind sehr schwer anzunehmen.

Meine Herren, damals bestand also schon, wie es scheint, bei Deutschland die Absicht, die Dinge in Marokko in ein anderes Fahrwasser zu treiben.⁵ Es besteht für mich kein Zweifel, daß die moralische Unterstützung, die im Laufe der Monate, namentlich gegen Ende des Jahres 1904 und im Anfang des Jahres 1905, wo ein Wandel in der deutschen Politik eingetreten war, dem Sultan von Marokko deutscherseits gegeben wurde, dessen Haltung gegenüber Frankreich wesentlich modifizierte.

5 Siehe hierzu Nr. 46/I in Band 7/2 dieser Ausgabe.

Dazu kam nunmehr die bekannte Reise des Kaisers⁶ nach Tanger.^[566] Meine Herren, wenn ich heute durch etwas überrascht worden bin, so durch die Mitteilungen des Herrn Reichskanzlers, die in der Hauptsache dahin gingen, daß die ganze marokkanische Angelegenheit eine ziemlich unbedeutende gewesen sei. Das behauptet er gegenüber der Tatsache, daß bei einer solchen unbedeutenden Angelegenheit der Kaiser in eigener Person, ich möchte sagen, mobil gemacht wurde, um eine Reise nach Tanger zu unternehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichskanzler wird mir doch nicht bestreiten, daß, wenn ein auswärtiger Staat zu einem derartigen Mittel des Druckes greift, wie es in diesem Falle seitens Deutschlands geschehen ist, das in der ganzen Welt ungeheueres Aufsehen und bei den betreffenden Staaten außerordentliche Mißstimmung erzeugen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wenn wir uns weiter vor Augen halten die Reden, die damals bei jener Gelegenheit gewechselt wurden, und die Versicherungen, die seitens des Deutschen Reichs dem Sultan oder seinem Vertreter gegenüber gegeben wurden, so begreift man, daß der Widerstand des Sultans gegenüber den französischen Forderungen auf das höchste steigen mußte. Wir wissen ja, was orientalische Despoten, die mit einer ungemeinen Phantasie begabt sind, in einem solchen Falle aus Äußerungen, wie sie damals der Deutsche Kaiser in Tanger machte, schließen. Wenn es z.B. in einer jener Reden heißt: Er besuche den Sultan als unabhängigen Herrscher und hoffe, daß unter der Herrschaft des Sultans ein freies Marokko der friedlichen Konkurrenz aller Nationen ohne Monopole und Ausschließungen eröffnet werden würde^[567], so wird man zugeben, daß eine derartige Äußerung das Selbstbewußtsein des Sultans aufs höchste steigern mußte. Die Erklärung, daß er, der Kaiser, hoffe, ein freies Marokko einmal zu sehen, also unter einem orientalischen Despoten, na, das ist eine *façon de parler*, auf die ich kein Gewicht lege, die aber immerhin beachtlich ist für die Art und Weise unseres Auftretens in Tanger. Wenn ferner in einer späteren Rede des Kaisers erklärt wird:

Sein Besuch in Tanger habe den Zweck, darzutun, daß die deutschen Interessen in Marokko geschützt und gewahrt werden sollten; über die besten Mittel, dies zu erreichen, werde er sich mit dem Sultan ins Einvernehmen setzen, den er als freien Herrscher betrachte^[568],

so wird auch hier wieder aus einer solchen Rede, in Verbindung gebracht mit der großen Ehre, die der Sultan von Marokko darin erblicken mußte, daß der Kaiser eines der mächtigsten Reiche der Welt eine Reise nach seinem Lande unternimmt, um ihm diese Versicherung zu machen, – ich sage, da kann es

6 Wilhelm II.

keinem Zweifel mehr unterliegen, daß durch ein solches Verhalten die Opposition der marokkanischen Regierung gegen noch so berechnete und vernünftige Ansprüche aufs höchste getrieben werden mußte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, daß ein derartiger Vorgang die auf der Gegenseite stehenden Mächte wie England und Frankreich aufs äußerste verschnupfen mußte, ist selbstverständlich. Stellen wir uns einmal die Sache anders vor, setzen wir uns in die Lage, an Stelle von Frankreich und England wäre Deutschland gewesen, und es hätte, sagen wir einmal: der König von England die Reise unter gleichen Verhältnissen nach Tanger unternommen und ähnliche Reden gehalten, was wäre der Eindruck und was wäre die Aufnahme gewesen, die ein solch demonstratives Verhalten des englischen Monarchen in Deutschland erweckt haben würde? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ganz abgesehen davon, meine Herren, daß es doch bis dahin noch nicht da war, daß in die diplomatischen Verhältnisse und Beratungen verschiedener Staaten zueinander ein Monarch persönlich eingreift und durch das Gewicht seiner Persönlichkeit und seiner Stellung die Dinge direkt zu beeinflussen sucht.

Nun bin ich aber der Meinung, daß selbst nach diesen Vorgängen, die notwendig, ich wiederhole, in Frankreich und England äußerste Erregung hervorrufen mußten, man französischerseits es noch nicht zum äußersten kommen lassen wollte. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich bis vor kurzem, bis ich den Inhalt des Gelbbuches und die Berichte darüber näher eingesehen habe, in bezug auf die Stellung des Herrn Delcassé eine viel ungünstigere Meinung hatte, als sie gegenwärtig bei mir besteht. Ich möchte doch folgendes konstatieren, – und damit komme ich auf das Aktenstück Nr. 6, das in dem Weißbuch nur im Auszug enthalten ist. Es heißt im französischen Gelbbuch: Am 9. April habe Herr Delcassé gerüchtweise davon gehört, daß man dem Sultan die Idee nahe legen werde oder bereits nahe gelegt habe, eine internationale Konferenz zur Regelung der marokkanischen Angelegenheiten zu berufen.^[569]

Natürgemäß war, daß dies dem Minister Delcassé, der durch seinen Vertrag alles glaubte in der Tasche zu haben, sehr unangenehm berührte. Er nimmt darauf die Gelegenheit wahr, um bei einem Diner auf der deutschen Botschaft mit dem deutschen Gesandten⁷ in der Angelegenheit Rücksprache zu nehmen. Das war am 13. April 1905. Am Ende des Gesprächs – ich zitiere diesen entscheidenden Satz – erklärte Herr Delcassé dem deutschen Gesandten gegenüber:

Unsere Politik hat sich nicht geändert. Unsere Haltung ist ebenso klar wie unsere Erklärungen. Ich bin aber doch gezwungen, besonders auf die Zeitungs-

7 Hugo von Radolin.

polemik hinzuweisen, von der ich eben sprach, und ich sehe mich veranlaßt, Ihnen diese Frage vorzulegen: könnte es tatsächlich trotz alledem noch ein Mißverständnis geben, nämlich in bezug auf den abgeschlossenen Vertrag? In diesem Falle – Sie wissen es aus meiner jüngsten Erklärung in der Kammer und ich wiederhole es Ihnen: ich bin durchaus bereit, es zu zerstreuen^[570] – (hört! hört! bei den Sozialdemokraten),

– also jede Aufklärung zu geben, die er geben konnte. Darauf erklärte der deutsche Gesandte Fürst Radolin, er könne die Frage nicht beantworten, er werde aber die Frage nach Berlin berichten. Zu gleicher Zeit gibt Herr Delcassé dem französischen Gesandten Herrn Bihourd hier Auftrag, auf dem Auswärtigen Amt die Angelegenheit ebenfalls zur Sprache zu bringen. Das geschah am 18. April 1905.

Herr v. Mühlberg – so berichtete der französische Gesandte nach Hause – hat mich sehr aufmerksam angehört und mich gebeten, die Instruktion, die ich in meinen Händen hatte, ihm zuzustellen.^[571]

Eine andere Antwort bekam er nicht. Herr v. Mühlberg erhielt den gewünschten Text am 25. April; am 28. April berichtet der französische Botschafter nach Hause:

Die Kaiserliche Regierung beeilt sich nicht, auf die Fragen zu antworten, die hintereinander Eure Exzellenz in Paris und ich in Berlin ganz klar gestellt haben. Dieses Stillschweigen trifft sehr wohl zusammen mit der Politik, die der Reichskanzler im Reichstage und der Kaiser in Tanger proklamiert haben.^[572]

Es folgt weiter in dieser Depesche eine Auseinandersetzung, worin dem Gedanken Ausdruck gegeben wurde, es scheine, daß Deutschland die Sache zum Kriege treiben wolle; der Kaiser sei von kriegslustigen Ratgebern umgeben, die sicherlich nicht verfehlten, zu behaupten, daß der Zweibund in der Mandschurei einen schweren Stoß erlitten habe; bei dieser Konjunktur haben sie leichtes Spiel, den gegenwärtigen Augenblick als günstig zu bezeichnen für einen Krieg mit Frankreich. Zugleich fragt der Botschafter bei Herrn Delcassé an, ob bei dieser Sachlage sich irgend welche Wege öffneten für die französische Diplomatie. Haben wir nicht Hoffnung auf Verhandlungen? – so stellt er die Frage. Sie sehen, daß also noch in diesem Moment Herr Delcassé bereit war, in Unterhandlungen einzutreten. Mittlerweile oder kurz danach hatte aber der Sultan von Marokko sich entschieden geweigert, die frühere Zusage in bezug auf Reformen zu beachten, und das machte bei Herrn Delcassé den Eindruck, daß ein Komplott zwischen Deutschland und Marokko vorhanden sei. Darauf nahm die Frage den ernstesten Charakter an, den ich eingangs meiner Rede erwähnte. Jedenfalls ist so viel sicher, daß durch die Reise nach und die Reden in Tanger dem Sultan von Marokko sozusagen der Rücken gesteiht wurde und damit Hoffnungen bei ihm

erweckt wurden, die, wie sich eigentlich von selbst versteht, später nicht in Erfüllung gehen konnten. Ich bin überzeugt, daß von allen in Algeciras vertretenen Mächten der Sultan von Marokko wahrscheinlich derjenige sein wird, der das betrübteste Gesicht macht. Denn wenn er die Hoffnung gehabt hat, mit Hilfe und mit Unterstützung des Deutschen Reichs seine alte Unabhängigkeit und Freiheit auch im Innern des Landes bewahren zu können, so ist ihm durch die Ereignisse von Algeciras allerdings der Star gestochen worden. Es ergeht den Marokkanern heute genau so, wie 1895 den Chinesen, die damals auch glaubten, nachdem Deutschland, Rußland und Frankreich im Frieden von Shimonoseki sich auf die Seite Chinas gestellt^[573] und ihm große Dienste geleistet hatten, die betreffenden Mächte würden für diese guten Dienste keine Belohnung in Anspruch nehmen. Nun, einige Jahre später, 1898, sind sie eines Besseren belehrt worden. Es kam die Pachtung von Kiautschou und alles, was wir später erlebten. Ganz ähnliche Erfahrungen hat 1896 Transvaal gemacht, wo die damals veröffentlichte Depesche an den Präsidenten der Republik Herrn Krüger^[574] ebenfalls ungerechtfertigte Hoffnungen im Burenlande erweckte, die hinterher in keiner Weise in Erfüllung gingen. Ganz ähnliche Hoffnungen sind erweckt worden bei den Reisen nach Budapest, Konstantinopel, Jerusalem usw. und im letzten Jahre in Marokko. Gerade diese Art Politik den verschiedensten Nationen gegenüber, denen von deutscher Seite Hoffnungen erweckt wurden, die nachher nicht in Erfüllung gingen und nicht in Erfüllung gehen konnten, hat wesentlich dazu beigetragen, daß Deutschland in die isolierte Lage kam, die unzweifelhaft in Algeciras der ganzen Welt sichtbar vor Augen getreten ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist das Schlimmste, was meines Erachtens die Konferenz in Algeciras für Deutschland gebracht hat. Ich bin noch heute des Glaubens – man kann darüber streiten, beweisen kann man das nicht –, daß eine andere Taktik der deutschen Politik in bezug auf den Vertrag vom 8. April 1904 alles das Deutschland geschafft haben würde, was es jetzt erst mühselig und unter schweren Kämpfen durch die Konferenz von Algeciras erreicht hat.

Meine Herren, ich habe bei der Debatte über den Etat schon geäußert: nach meiner Überzeugung wäre eine Reise nach Tanger in der Weise, wie sie stattgefunden hat, unter Billigung des Fürsten Bismarck, wenn er damals Kanzler des Reichs gewesen wäre, niemals möglich gewesen, und ich behaupte heute: ein Bismarck würde auch die Konferenz von Algeciras nicht veranlaßt haben; er hätte nach seiner Weise zu erreichen gesucht, was zu erreichen war. Er hätte sich nicht der Gefahr ausgesetzt, nach monatelangen Verhandlungen vor der ganzen Welt als der isolierte Mann, als der Vertreter eines isolierten Reiches dazustehen.

Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Hertling hat im Laufe seiner Rede nacheinander die Stellung der verschiedenen Staaten zu Deutschland Revue passieren

lassen, er hat auf Frankreich, England, Italien, Rußland, Nordamerika verwiesen. Ich will diesem Beispiel des Herrn v. Hertling nicht folgen; ich würde allerdings in verschiedener Beziehung zu anderen Resultaten als er kommen. Aber fest steht – und darin kann man das Resultat von Algeciras zusammenfassen –, daß sich herausgestellt hat, daß wir Frankreich, England, Spanien, Italien, Rußland gegen uns hatten und haben, daß Nordamerika sich sozusagen neutral verhielt, daß zwar Österreich seine guten Vermittlerdienste nach Möglichkeit in Algeciras angeboten und auch ausgeübt hat; daß aber das in einer so rückhaltlosen Weise geschehen sei, wie Herr Dr. v. Hertling dargelegt hat, kann ich meinerseits durchaus nicht finden. Wenn also dieses das Resultat ist – ich fürchte, daß die Verstimmungen, die in Algeciras wiederholt hervorgetreten sind, dauernd bleiben werden, daß die internationalen Beziehungen der verschiedenen Staaten zu einander durchaus nicht besser geworden sind –, dann ist dieses Resultat im großen und ganzen ein sehr bedauerliches. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man rühmt in den deutschen Zeitungen, es sei der Reichsregierung gelungen, die Integrität Marokkos aufrecht zu erhalten. Aber, meine Herren, die hat keinen Augenblick in Frage gestanden. Weder Frankreich, noch England, noch einer anderen Macht ist es eingefallen, den Versuch zu machen, das marokkanische Gebiet in irgend einer Richtung zu beschneiden oder Häfen des Landes zu besetzen und zwar aus sehr naheliegenden Gründen. Ich meine, die Erfahrungen, die speziell Frankreich seit Jahrzehnten in Algier gemacht hat, sind wohl die Lehre gewesen, nicht mir nichts dir nichts in ein neues Wespennest hineinzugreifen. Die offene Tür haben wir verlangt und erhalten. Weiter ist ein internationaler Polizeinspektor für die Marokkohäfen eingesetzt auf Betreiben Deutschlands. Ich betrachte aber diesen internationalen Polizeinspektor nur als eine Dekoration, die nach etwas aussieht, aber in Wahrheit nichts zu bedeuten hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen haben die reale Macht Spanien und Frankreich dadurch erlangt, daß ihnen ausschließlich die Polizei in den verschiedenen marokkanischen Häfen zugewiesen ist. Diejenigen deutschen Chauvinisten, die hofften, daß es Deutschland gelinge, an der Westküste Marokkos den Hafen Casablanca in seine Gewalt zu bekommen, was allerdings ein fetter Bissen gewesen wäre, sind durch den Gang der Dinge in Algeciras gründlich enttäuscht worden.

Aber, meine Herren, darin muß ich dem Herrn Abgeordneten v. Hertling zustimmen, daß die Rolle, die Rußland in dieser Angelegenheit Deutschland gegenüber gespielt hat, höchst herausfordernd und rücksichtslos war. Die Lamsdorffsche Depesche^[575], die Art, wie sie übergeben, die Art, wie sie veröffentlicht wurde, wäre unter anderen Umständen nach meiner Überzeugung ein Akt

gewesen, der zu sehr ernsthaften diplomatischen Verwicklungen und zu noch Schlimmerem geführt hätte. Der Affront, der russischerseits der deutschen Regierung durch diese Depesche zugefügt wurde, ist die Antwort auf alle die Liebedienerei und Gefälligkeit, die Deutschland seit Jahrzehnten und besonders in den allerletzten Jahren der russischen Regierung in reichlichstem Maße bewiesen hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, wenn jemals ein Staat einem andern für eine Reihe wichtiger Dienste, ich möchte sagen erwiesener Wohlthaten mit einer moralischen Ohrfeige geantwortet hat (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), so hat das die russische Regierung gegenüber Deutschland getan. (Sehr richtig!) Es ist nur erstaunlich, wie eine derartige Handlungsweise der russischen Regierung gegen Deutschland mit der Kaltblütigkeit aufgenommen werden konnte, die wir in den letzten Wochen seit jenem Vorgange Rußland gegenüber zu beobachten gehabt haben. Der Herr Abgeordnete v. Hertling hat angesichts dieser Haltung Rußlands gemeint, er wünsche nicht, daß das deutsche Kapital fernerweit Rußland in seinen inneren Beziehungen unterstützen möge. Es verlautet ja im Augenblick, daß Rußland, wie es selbstverständlich ist, mit dem Gedanken umgeht, neue Anleihen in Zentral- und Westeuropa aufzunehmen, und daß dabei Deutschland in erster Linie in Frage kommen soll. Deutschland hat im vorigen Jahre durch die Gefälligkeit der deutschen Regierung, ohne deren Zustimmung das nicht möglich gewesen wäre, Rußland eine Anleihe von 500 Millionen Mark gewährt. Als jenes Finanzunternehmen im Werke war, veröffentlichte der Regierungsrat Martin ein Buch, betitelt: „Die Zukunft Rußlands und Japans“, in dem er die Verhältnisse Rußlands nach meiner Auffassung durchaus korrekt in der düstersten Weise darstellte und schließt, daß nach seiner Meinung das Resultat der inneren Wirren Rußlands die vollständige Zerrüttung dieses großen Reiches und in letzter Instanz der russische Staatsbankerott sein werde. Meine Herren, zu jener Zeit war man in unseren Regierungskreisen noch in der liebenswürdigsten Stimmung Rußland gegenüber. Kaum hatte der Regierungsrat Martin das eben erwähnte Buch veröffentlicht, so erschien in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 3. September v.J. ein Artikel, in dem Herr Martin in scharfer Weise zurechtgesetzt wurde, weil die Schlußfolgerungen seines Buches als durchaus willkürlich angesehen werden mußten. Es hieß u.a. in jenem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

Es ist selbstverständlich, daß die Regierung dem Buche, das auf Grund haltloser Voraussetzungen zu abenteuerlichen Prophezeiungen über Rußland in den nächsten Jahrzehnten kommt, gänzlich fern steht.

Daß das letztere zutrefte, hat man jedenfalls überall gewußt. Aber wenn man auch für notwendig hielt, zu erklären, daß das Buch ohne Wissen und Willen der

Regierung veröffentlicht worden sei, so war es ein großer Fehler – und die Folgen wird die Reichsregierung auszubaden haben –, darauf auch noch zu erklären, daß die Beweisführungen und Schlußfolgerungen, die Herr Martin in seinem Buche bringe, durchaus falsche seien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Buch hat in der ganzen Welt gewaltiges Aufsehen gemacht, es ist in allen Zeitungen der Kulturländer besprochen worden, meist in zustimmendem Sinne, und hat sehr große Auflagen erlebt. Neuerdings hat Herr Martin sich abermals veranlaßt gesehen, ein Buch: „Die Zukunft Rußlands“ herauszugeben, in dem er weiter seine Kritik an den russischen Zuständen übt und die Schlüsse zieht, die nach seiner Meinung auf Grund der ihm bekannten Tatsachen geschlossen werden müssen. Meine Herren, ich halte es für dringend geboten, an dieser Stelle das deutsche Publikum in der nachdrücklichsten Weise zu warnen, falls mit Zustimmung der deutschen Reichsregierung abermals ein russisches Anlehen in Deutschland aufgelegt werden sollte, Rußland auch nur das geringste Vertrauen zu schenken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Alles, was Martin in seinem ersten Buche gesagt hat, ist heute vollständig eingetroffen, und ich bin überzeugt, daß die trüben Aussichten, die er in bezug auf die Gestaltung des russischen Staatswesens und die inneren Zustände Rußlands in seinem neuen Buche veröffentlicht, ebenfalls durch die Entwicklung der Dinge bestätigt werden. Wir wissen, der russische Staat ist schon heute überschuldet. Es ist in erster Linie die französische Nation, die aus bekannten Gründen allezeit dem russischen Staatskredit nach Möglichkeit entgegengekommen ist und ihre freundlichen Dienste für Rußland in diesem Augenblick mit einem Anleihegewicht von circa 10 000 Millionen Mark bezahlte. Wir Deutsche sind gegenwärtig noch etwas glücklicher daran; das Maß der russischen Schuld, das in Deutschland untergebracht sein soll, beträgt circa 2500 Millionen Mark, gerade genug, um im Falle eines russischen Bankerotts sehr große Verheerungen in der Nationalwirtschaft Deutschlands herbeizuführen. (Sehr richtig! links.)

Martin führt in seinem Buche an, daß für das Jahr 1905 das russische Defizit sich auf 317 Millionen Rubel belaufen habe, der Finanzminister Schipoff gab aber im letzten Herbst selbst an, daß nach seiner Rechnung das neue Defizit des Jahres 1906 sich auf 481 Millionen Rubel belaufen werde. Martin aber ist der Meinung, daß das viel zu niedrig sei, daß das Defizit mindestens doppelt so hoch werden dürfte, d.h. 962 Millionen Rubel. (Hört! hört! links.) Des weiteren weist Martin nach, daß die russischen Eisenbahnen von 1887 bis 1904 nicht weniger als 758 Millionen Rubel gleich 1637 Millionen Mark Zuschüsse aus der Staatskasse erfordert haben, und führt an, daß zweifellos in den nächsten 10 Jahren weitere 2000 Millionen Mark an Zuschüssen für denselben Zweck erforderlich seien.

Ein anderes, was er hervorhebt, ist, daß Rußland im Jahre 1906 notwendiger-

weise Anleihen in Höhe von circa 3000 Millionen Mark aufnehmen müsse, wenn es sich in der gegenwärtigen Verfassung erhalten wolle: 1 Milliarde zur Deckung des Defizits, 1 Milliarde des sich aus der Revolution ergebenden nicht vorgesehenen Defizits und eine dritte Milliarde zum Rückkauf der kurzfristigen⁸ 400 Millionen Rubel betragenden Schatzwechsel. Nehmen wir nun in Betracht, meine Herren, daß gegenwärtig das ungeheure russische Reich von einem Ende bis zum andern durch revolutionäre Zuckungen erschüttert ist, daß Handel und Verkehr daniederliegen, daß die Steuerkraft der Nation und in erster Linie der circa 80 Prozent der Bevölkerung repräsentierenden Bauernschaft auf Null gesunken ist, so wird man zugeben müssen, daß die innere Lage Rußlands eine so außerordentlich traurige ist, wie sie überhaupt nur gedacht werden kann. Es erklärt sich daher wohl mit Fug und Recht, wenn Martin die Anschauung aufstellt, daß das letzte Rettungsmittel für Rußland der Zusammenbruch der Goldwährung und der Staatsbankrott sei. (Hört! hört! links.) Tritt das letztere ein, so ist Rußland mit einem Schlage 723 Millionen Zinsen los, die es jetzt alljährlich zu zahlen hat, und von denen über 570 Millionen nach dem Auslande gehen. Soll aber weiter gewurstelt werden, so sind abermals neue Milliarden notwendig; denn es handelt sich um die Retablierung der Flotte, der Armee und der inneren Staatseinrichtungen, – kurz und gut ein Ausblick auf Ausgaben, die furchtbar genannt werden müssen. Ich hoffe und setze als selbstverständlich voraus, daß angesichts der Haltung, die bisher die russische Regierung dem deutschen Reiche gegenüber speziell auch in Algieras eingenommen hat, die deutsche Reichsregierung alles aufbieten wird, um die Aufnahme einer neuen russischen Anleihe zu verhüten.

Der Abgeordnete Freiherr v. Hertling hat gegen Schluß seiner Rede auch die Frage erörtert, woher es komme, daß Deutschland in der auswärtigen Presse mit Mißtrauen und Ungunst behandelt werde. Einer der Momente, auf die er glaubte hinweisen zu müssen, war, daß er ausführte, daß besonders der Umstand daran schuld sei, daß man im Auslande und auch in Deutschland bei gewissen Parteien des Glaubens sei, daß der Umschwung, der sich im Augenblick in Rußland vollziehe, durch den Einfluß und die Macht Deutschlands verhindert werde, und daß es die revolutionären Parteien wären, die dieses Mißtrauen gegen Deutschland schürten. Meine Herren, wir stehen gar nicht an, zu erklären – ich habe das schon wiederholt erklärt –, daß wir einen Zusammenbruch des heutigen russischen Despotismus von Herzen wünschen (Sehr richtig!) im Interesse der Kultur und der Zivilisation und in erster Linie im Interesse des russischen Volkes selbst, im weiteren aber auch im Interesse des gesamten europäischen Kulturlebens.^[576]

8 Bei Bebel: kurzfristigen.

Es ist selbstverständlich, daß ein mächtiger Umschwung der inneren Verhältnisse in Rußland auf die Entwicklung der Kultur, wie Freiherr v. Hertling selbst wünscht, wenn er eintritt, notwendigerweise auch auf die Geschicke der übrigen Staaten und speziell Deutschlands vom wohlthuendsten Einfluß sein wird und sein muß! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die russische Revolution hat herbeigeführt, daß z.B. in Ungarn die Dinge ein anderes Gesicht bekommen haben, daß die österreichische Regierung das allgemeine Wahlrecht gewährt hat, und so würde allerdings – das ist kein Zweifel – die Umwandlung der Dinge in Rußland von Grund aus auch für die deutschen Verhältnisse von sehr erheblichem Einfluß sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn aber im übrigen Mißstimmung gegen Deutschland in der weiten Welt vorhanden ist, wie das auch Freiherr v. Hertling nicht hat bestreiten können, so ist diese Mißstimmung in erster Linie in den Ursachen zu finden, die ich vorhin anführte, in der eigentümlichen Haltung Deutschlands in einer Reihe von wichtigen Fragen in der auswärtigen Politik, wie sie sich seit zehn Jahren abgespielt haben. Auch hat Herr Freiherr v. Hertling unrecht, wenn er sich einbildet, daß der Umschwung der Stimmung in Italien den Ursachen zuzuschreiben sei, die er angeführt hat. Ich kann nur sagen: daß mit der Rede, die Herr Freiherr v. Hertling in bezug auf Italien heute von dieser Stelle aus gehalten hat, er nur Öl ins Feuer gegossen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin überzeugt, daß diese Rede in Italien einen außerordentlich unangenehmen Eindruck machen wird und in weiten Kreisen der italienischen bürgerlichen Parteien sowohl wie der Sozialdemokratie wieder einmal die Anschauung stützen wird, daß unter allen Mächten der Welt Deutschland diejenige sei, die am meisten der Reaktion verfallen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Italien hat aber meines Erachtens auch noch andere Gründe um die Stellung zu Deutschland einmal einer Revision zu unterziehen. Italien fängt allmählich zu begreifen an, daß der Dreibund gegebenenfalls ihm große Verlegenheiten bringen könne, die es unter keinen Umständen akzeptieren will. Italien fürchtet, daß es bei den großen Interessen, die es im Mittelmeer und in Afrika mit Frankreich, England und Spanien gemeinsam hat, die Gefahr nahe liege, eines Tages in einen Krieg verwickelt zu werden, der in der Hauptsache deutschen Interessen gelte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit anderen Worten – ich will gegenwärtig nicht weiter auf die Gründe eingehen –, es hat den Eindruck, daß der Dreibund Italien Verpflichtungen auferlege, die gegebenenfalls mehr oder weniger mit seinen Lebensinteressen in Widerspruch stehen; das erklärt die Politik, die heute ein großer Teil der italienischen Presse Deutschland gegenüber verfolgt. Schuld an dieser Haltung ist aber vor allem auch der Zickzackkurs, den wir in Deutschland haben. In dieser Beziehung hat die Marokkoange-

legenheit den Italienern die Augen geöffnet und ihnen gezeigt, daß ihre Interessen unter Umständen weit mehr mit Frankreich, England und Spanien einig gehen als mit Deutschland. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aber wenn ich vorhin ausgesprochen habe, ich hoffte und wünschte, daß Deutschland Rußland gegenüber sich künftighin reservierter verhalte, dann gibt es wieder einen Punkt, von dem ich wünschte, daß Deutschland im Verein mit den übrigen internationalen Mächten es über sich gewinnen möchte, im Interesse der Kultur und Zivilisation Rußland gegenüber in gewissem Sinne zu intervenieren. Meine Herren, die Revolution, die wir in den letzten zwei Jahren in Rußland sich haben entwickeln sehen, hat selbstverständlich zur Folge gehabt, daß eine große Menge von Männern und Frauen, die bei den revolutionären Erhebungen sich beteiligten, in Prozesse verwickelt worden sind oder dem Kriebsrecht unterstellt wurden. Sie werden ihre Handlungen zum guten Teil entweder mit langjährigen Gefängnisstrafen oder mit Verbannung oder gar mit dem Leben bezahlen müssen. Viele hat dieses Schicksal schon getroffen. Ich bin der Meinung, wenn jemand sich an einer revolutionären Bewegung beteiligt, muß er auch die Konsequenzen seines Handelns tragen, und ich habe die feste Überzeugung, daß allen Männern und Frauen Rußlands, die sich an der Revolution beteiligt haben, nichts ferner liegt, als sich den Konsequenzen ihrer Handlungen entziehen zu wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber es ist etwas anderes, ob man Männer und Frauen, die sich bei derartigen Unternehmungen mit nach russischen Gesetzen ungesetzlichen Mitteln beteiligen, für ihre Handlungen gesetzlich verantwortlich macht und bestraft, oder wenn eine solche Regierung, die sich obendrein eine christliche nennt, zu den größten Barbareien und Grausamkeiten ihnen gegenüber greift, wo sie einzig nur mit dem Maßstabe des Gesetzes die betreffenden Personen verurteilen und bestrafen sollte. Nun lesen wir aber Tag für Tag von den furchtbaren Greuelthaten, die gegen Männer und Frauen seitens der russischen Staatsorgane und seitens der Soldateska verübt werden. Es ist namentlich in der letzten Zeit ein Fall vorgekommen, der in besonderem Maße das Entsetzen der zivilisierten Welt wachgerufen hat, auf welchen ich kurz zu sprechen kommen möchte, um daran die Notwendigkeit und Gerechtigkeit der von mir verlangten diplomatischen Intervention Rußland gegenüber zu begründen.

Meine Herren, vor einigen Wochen hat eine junge russische Dame, Spiridonowa mit Namen, ein Attentat auf einen russischen Gouverneur gemacht. Die Tat an sich wird mit dem Tode bestraft. Die Dame ist sich der Konsequenzen ihrer Handlungen bewußt gewesen, sie hat damit gerechnet, daß sie kurzerhand für ihre Tat mit dem Tode bestraft werden würde. Aber nun haben dieser Dame

gegenüber russische Offiziere sich in einer so barbarischen und bestialischen Weise benommen, daß einem die Haut schaudert, wenn man die Dinge liest. Dieses ist einer der Fälle, die meines Erachtens das gesittete Europa auffordern müßte, einem System energisch entgegenzutreten, das solcher Schandtaten und Bestialitäten fähig ist. Dieses Fräulein Spiridonowa wurde von russischen Offizieren auf der Bahn eskortiert und ist von diesen dort in der schamlosesten und barbarischsten Weise mißhandelt und geschändet worden. Das Endresultat der an diesem Mädchen verübten Greuelthaten geht aus folgendem Berichte hervor, der notorisch ist; er ist einem russischen Blatte, dem „Ruß“, entnommen. Es ist der Bericht eines Arztes und lautet wie folgt:

Das Gesicht ist geschwollen, voll roter und blauer Narben. Beide Augen sind so furchtbar geschwollen, daß die Kranke sie nicht öffnen kann. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Auge hat die Sehkraft ganz eingebüßt, das andere wird wohl geheilt werden können. Der Mund kann nicht geöffnet werden, da die Lippen geschwollen sind. (Hört! hört! links.) Über dem linken Auge ist die Haut abgerissen in der Größe eines Markstücks, sodaß das Fleisch bloßgelegt ist; dasselbe auch rechts, am Haar mitten auf der Stirn ein eiternder Streifen, wo die Haut auch abgerissen ist. Die beiden Hände sind blau geschwollen und tragen zahlreiche Spuren von Nagaikahieben, desgleichen auch Arme und Schultern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die beiden Füße sind blau und geschwollen, an vielen Stellen ist die Haut abgerissen, Spuren von Nagaikahieben. Der Hals ist geschwollen, die Lungen sind stark beschädigt, infolge dessen hat Blutung stattgefunden. (Hört! hört! links.)

Der betreffende Arzt wollte die Dame auch innerlich untersuchen. Das hat sie aber auf das energischste abgewehrt. Trotzdem wurde später festgestellt, daß sie mit Syphilis infiziert worden war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Arzt fragte, wo sie sich die Krankheit zugezogen habe. Darauf antwortete sie, sie hätte Grund anzunehmen, daß sie vergewaltigt und angesteckt worden sei. (Hört! hört! links.)

Ich will die Schilderungen, die sie von dem Verhalten der Offiziere in dieser Beziehung gibt, dem Hause nicht vortragen.

Der Arzt erwiderte, ihre Vergewaltigung ließe sich nicht mehr feststellen, sie hätte gleich bei ihrer Ankunft untersucht werden müssen. Fräulein Spiridonowa antwortete, sie habe sich deshalb früher nicht untersuchen lassen, weil sie glaubte, sofort nach ihrer Ankunft hingerichtet zu werden; auch glaubte sie, die erlittenen Qualen hätten auf Befehl der Administration stattgefunden, und der Offizier hätte noch eine Belohnung empfangen. (Unruhe. – Pause infolge eines Ohnmachtsanfalls des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow.)

Vizepräsident Dr. Graf zu Stolberg-Wernigerode: Meine Herren, ich unterbre-

che die Sitzung auf eine Viertelstunde. (Unterbrechung der Sitzung 1 Uhr 7 Minuten; Wiedereröffnung 1 Uhr 20 Minuten.)

Vizepräsident Dr. Graf *zu Stolberg-Wernigerode*: Meine Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und bitte den Herrn Abgeordneten *Bebel*, fortzufahren.

Abgeordneter *Bebel*: Meine Herren, ich werde nur noch ein paar Worte zu sagen haben. Anknüpfend an das Ereignis, was ich vorhin aus Rußland schilderte, habe ich den lebhaften Wunsch ausgesprochen, daß seitens der deutschen Regierung in Verbindung mit den anderen europäischen Mächten und auch den Vereinigten Staaten bei der russischen Regierung interveniert werden, daß die furchtbaren Grausamkeiten und Bestialitäten, die seitens ihrer Beamten und Militärs an einer Anzahl gefangener Revolutionäre und Revolutionärinnen verübt worden sind, aufhören. Ich glaube, wir können und dürfen ein solches Verlangen ebenso gut stellen, wie seinerzeit sich der Präsident der Vereinigten Staaten⁹ veranlaßt gesehen hat, bei Rußland dagegen Verwahrung einzulegen, daß die furchtbaren Judenverfolgungen weiter dauerten.^[577] In ähnlicher Weise hat die englische und haben andere Regierungen im Laufe der letzten Jahrzehnte es wiederholt für notwendig erachtet, bei der türkischen Regierung zu intervenieren, weil die christlichen Armenier von den mohammedanischen Bevölkerungsteilen der Türkei in grausamster Weise verfolgt wurden. Wenn der Herr Abgeordnete *Freiherr v. Hertling* gewünscht und gehofft hatte, daß Rußland den Weg der Zivilisation und Kultur betrete, so wird es notwendig sein, daß vor allen Dingen Grausamkeiten, wie ich sie hier geschildert habe, ihr Ende erreichen; und sie werden um so leichter ihr Ende erreichen, wenn die Regierungen von Europa in dem von mir ausgesprochenen Sinne zu Gunsten der Menschlichkeit intervenieren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Stenographische Berichte über die
Verhandlungen des Reichstags,
11. Legislaturperiode, II. Session 1905/1906,
Dritter Band, Berlin 1906, S. 2627-2633.

9 Theodore Roosevelt.

Unglaublicher Polizeiwilkkür entgegentreten!

*Aus der Rede im Deutschen Reichstag zur Massenausweisung
russischer Staatsangehöriger* ^[578]

3. Mai 1906

Meine Herren, ob die Antwort, die uns soeben im Namen des Herrn Reichskanzlers¹ der Stellvertreter desselben, Herr Graf v. Posadowsky, gegeben hat, politisch klug war, das dürften die Verhandlungen des heutigen Tages zeigen. Ich meine, auf jeden Fall hätte sich der Herr Reichskanzler, ehe er den Herrn Grafen v. Posadowsky zu einer solchen Erklärung, wie wir sie gehört haben, bevollmächtigte, die Frage vorlegen sollen, warum man denn früher bei ähnlichen Gelegenheiten nicht denselben Standpunkt eingenommen hat, den man heute einzunehmen beliebt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere daran, daß wir bereits am 19. Januar 1904 hier eine Interpellation der sozialdemokratischen Partei verhandelt haben, die sich ebenfalls mit Ausweisung russischer Staatsangehöriger befaßte, und zwar mit solchen, die durch die preußische Regierung bezw. das Berliner Polizeipräsidium angeordnet worden waren. Damals nahm der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes² ausdrücklich Veranlassung, in mehrfachen Reden auf die von uns gemachten Erörterungen einzugehen. Wir haben weiter in den Tagen am 27. und 29. Januar 1904, und endlich vom 15. bis 17. März 1905, also während weiterer fünf Tage, hier ebenfalls denselben Gegenstand in größter Länge und Breite behandelt³, wobei nicht allein der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, sondern auch der Herr Reichskanzler selbst Veranlassung genommen hat, in die Debatte einzugreifen, um die Maßnahmen, die damals die preußische Regierung getroffen hatte, und die von unserer Seite bekämpft wurden, zu rechtfertigen. Wie danach die Herren heute, nachdem sie bereits zu drei verschiedenen Perioden im Reichstag eine und dieselbe Angelegenheit erörtert haben, dazu kommen, die Beantwortung unserer Frage wegen Kompetenzbedenken abzulehnen, verstehe ich nicht.

Dazu kommt noch ein anderes, meine Herren. Gewiß, wir werden nicht

1 Bernhard von Bülow.

2 Oswald Freiherr von Richthofen.

3 Siehe hierzu Nr. 41 in Band 7/2 dieser Ausgabe.

bestreiten, die Ausweisungsfrage ist zunächst eine Angelegenheit der Einzelstaaten. Sie ist geregelt durch die einzelstaatlichen Gesetze bezw. Verordnungen. Aber es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Art und Weise, wie die Ausweisung von Ausländern von den einzelnen deutschen Staaten behandelt wird, unter Umständen zu Konflikten mit dem Ausland führen kann und wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist sogar selbstverständlich, daß, wenn das Ausland glaubt, in bezug auf die Behandlung seiner Staatsangehörigen durch irgend einen deutschen Staat Klage erheben zu müssen, der betreffende Staat nach der Organisation des Reichs gar nicht in der Lage ist, sich an den betreffenden Einzelstaat direkt zu wenden, im gegebenen Fall also an Preußen, sondern daß dieser fremde Staat genötigt ist, sich an die Vertretung des Deutschen Reichs, den deutschen Reichskanzler wenden zu müssen; und, meine Herren, wenn dann der deutsche Reichskanzler in einem solchen Fall verpflichtet ist, die Handlungen der einzelstaatlichen Behörden und Regierungen zu vertreten und zu verantworten, und die Konsequenzen aus einer derartigen Handlungsweise eines Einzelstaats gegebenenfalls das Deutsche Reich zu tragen hat, dann kann kein Zweifel bestehen, daß wir als Vertreter des deutschen Volks jeden Augenblick nicht nur berechtigt sind, bezügliche Anfragen auf solche Ausweisungen zu stellen, sondern daß wir auch die Erwartung hegen dürfen, daß die verbündeten Regierungen bezw. der Reichskanzler auf derartige Anfragen aus der Mitte des Reichstags die entsprechende Antwort gibt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ganze Verfahren des Reichskanzlers zeigt nach meiner Meinung nichts anderes als eine Geringschätzung der Stellung des Deutschen Reichstags, und wir haben alle Ursache, uns gegen eine derartige Geringschätzung zu wenden.

Meine Herren, es kann sein, daß, wenn eine andere Partei, eine bürgerliche Partei – sagen wir, das Zentrum – eine ähnliche Interpellation gestellt hätte, sie beantwortet worden wäre. Ich bin sogar fest überzeugt, daß, wenn sie das Zentrum gestellt hätte, wir die Antwort nicht bekommen hätten, die wir heute gehört haben. Aber das ist für uns gleichgültig. Hier stehen wir als gleichberechtigte Partei im Reichstage, und diejenige Partei, die es für notwendig und angemessen hält, eine Frage wie die vorliegende an den Reichskanzler zu stellen, kann auch billigerweise verlangen und muß verlangen, daß eine sachliche und ausführliche Antwort auf ihre Interpellation gegeben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wie schon gesagt, haben die Ausweisungsfragen seitens der preußischen Behörden gegen russische Staatsangehörige uns eine ganze Reihe von Sitzungen beschäftigt, und wir werden uns heute trotz der gehörten Erklärung nicht abhalten lassen, sie abermals zur Sprache zu bringen.

Meine Herren, es ist eine bekannte Tatsache, daß die meisten Staaten, soweit nicht durch besondere Verträge das ausgeschlossen ist, – und ich will hinzufügen, daß das Deutsche Reich selbst mit einer Reihe ausländischer Staaten Verträge abgeschlossen hat, auf Grund deren die Ausweisung Deutscher in jenen fremden Staaten und der Angehörigen jener fremden Staaten in Deutschland unmöglich ist –, ich sage, es ist bekannt, daß, soweit solche Verträge nicht existieren, die Staaten sich das Recht vorbehalten, ihnen unbequem werdende Ausländer aus ihrem Staatsgebiete auszuweisen. Ich mache dagegen darauf aufmerksam, daß es z.B. in dem Vertrag mit Tonga von 1876 heißt:

Den Angehörigen beider vertragschließenden Teile soll in beiden Ländern der vollständigste und immerwährende Schutz ihrer Person und ihres Eigentums zuteil werden. Sie werden in dieser Beziehung die gleichen Rechte und Vorteile genießen wie die eigenen Angehörigen.^[578a]

Auf Grund dieser Bestimmungen des Freundschaftsvertrages mit Tonga wäre also die Ausweisung Deutscher aus Tonga und umgekehrt die Ausweisung von Tongalen aus Deutschland unmöglich. Ganz ähnliche Verträge haben wir abgeschlossen mit Hawaii, Mexiko und dem Kongostaat. So heißt es in dem Freundschafts-, Schiffahrts- und Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Hawaii von 1879:

Die Angehörigen jedes der beiden vertragschließenden Teile sollen überall in beiden Gebieten sich aufhalten und wohnen dürfen und sollen vollkommenen Schutz für ihre Person und ihr Eigentum genießen.^[578b]

Eine ganz ähnliche Vertragsbestimmung ist mit der Republik Guatemala abgeschlossen. Eine weitere ähnliche Bestimmung ist enthalten im Handelsvertrag mit Japan, in dem es ausdrücklich heißt:

Die Angehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen volle Freiheit genießen, die Gebiete des anderen vertragschließenden Teils zu betreten, zu bereisen oder sich daselbst niederzulassen. Sie sollen vollkommen uneingeschränkten Schutz für ihre Person und ihr Eigentum genießen.^[578c]

Tatsächlich haben wir also mit einer Reihe von Staaten Verträge abgeschlossen, auf Grund deren Ausweisungen überhaupt undenkbar und ungesetzlich wären.

Es ist nun ohne weiteres zuzugeben, daß in dem Art. 1 des deutsch-russischen Handels- und Schiffahrtsvertrages^[579] die von dem Herrn Staatssekretär Grafen v. Posadowsky vorgetragene Schlußbestimmung enthalten ist, wonach die beiden vertragschließenden Teile ihr gegenseitiges Einverständnis darüber aussprechen, daß durch die vorstehenden Bestimmungen die besonderen Gesetze, Erlasse und Verordnungen auf dem Gebiete des Handels, Gewerbes und der Polizei nicht berührt werden, welche in jedem der beiden vertragschließenden Länder gelten oder gelten werden und auf alle Ausländer Anwendung finden.

Aber, meine Herren, der eigentliche Hauptinhalt dieses Artikels lautet folgendermaßen:

Die Angehörigen eines der beiden vertragschließenden Teile, welche sich in dem Gebiet des anderen Teiles niedergelassen haben oder sich dort vorübergehend aufhalten, sollen dort im Handels- und Gewerbebetriebe die nämlichen Rechte genießen und keiner höheren oder anderen Abgabe unterworfen werden als die Inländer. Sie sollen in dem Gebiet des anderen Teils in jeder Hinsicht dieselben Rechte, Privilegien, Freiheiten, Begünstigungen und Befreiungen haben wie die Angehörigen des meist begünstigten Landes.

Diese letztere Bestimmung wird alsdann durch die vorhin von mir vorgetragene Schlusssätze allerdings in einem gewissen Sinne eingeschränkt. Aber, meine Herren, ganz zweifellos ist, daß auf Grund dieses Art. 1 des russisch-deutschen Handelsvertrags die russischen Staatsangehörigen das Recht haben, sich in Deutschland niederzulassen, sich hier dauernd oder vorübergehend aufzuhalten, Handels- und Gewerbebetrieb mit dem nämlichen Recht auszuüben, wie das bei einem Deutschen der Fall ist, wie umgekehrt deutsche Staatsangehörige das Recht haben, dieselben Rechte in Rußland ihrerseits auszuüben.

Dieses Kardinalrecht besteht, und es wird auch respektiert. Nur insoweit, als man glaubt, daß die betreffenden Ausländer Individuen seien, von denen der Staat aus irgend einem Grunde nichts wissen mag, läßt man gegebenenfalls eine Ausweisung zu. Im allgemeinen, meine Herren, wird dort, wo das Recht der eventuellen Ausweisung gegenseitig zugestanden ist, die auch in dem Vertrage zwischen Deutschland und Rußland zugegeben ist, das Recht der Ausweisung in der Hauptsache ausgeübt bei einem Ausländer, der in der Lage sich befindet, öffentliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen, oder vor der Gefahr steht, in eine solche Lage zu geraten. Im weiteren werden Ausländer ausgewiesen, die sich Handlungen zu schulden kommen lassen, die nach deutschem Recht als Vergehen und Verbrechen angesehen und dementsprechend bestraft würden, auch wenn diese Vergehen und Verbrechen selbst nicht innerhalb des Deutschen Reichs in einer gewissen Zeit verübt wurden. Es ist das eine Bestimmung, die man innerhalb einer gewissen Grenze mit der Bestimmung des § 3 des Freizügigkeitsgesetzes identifiziert, wonach leider bei uns in Deutschland auch noch die Möglichkeit besteht, daß Leute, die wegen eines Vergehens oder eines Verbrechens in einem Staate bestraft wurden, aus gewissen Bezirken dieses Staats und anderen deutschen Staaten ausgewiesen werden können. Wir haben den ungeheuerlichen Zustand, z.B. in Preußen und in Sachsen, daß der eigene Staatsangehörige, wenn er, z.B. ein Preuße in Berlin, auf Grund eines Eigentumsvergehens eine bestimmte Strafe erhalten hat, er auf Grund eines Gesetzes von 1842 aus Berlin und aus jedem beliebigen anderen Orte Preußens ausgewiesen werden

kann, wo die betreffende Polizeibehörde seine Anwesenheit als für die öffentliche Ordnung gefährlich erachtet. Ganz ähnliche Bestimmungen haben wir ja leider auch in Sachsen. Soweit also derartige Bestimmungen heute innerhalb des Reichs selbst gelten, wird man sich allerdings nicht wundern dürfen, daß, soweit Ausländer mit ähnlichen Verbrechen und Vergehen in Frage kommen, bei ihnen die Ausweisung ohne weiteres eintritt. – Endlich weist man Ausländer aus, die sich aus irgend einem Grunde politisch mißliebig gemacht haben.

Nun hat aber in bezug auf die Ausweisungen die Polizei in den meisten Staaten leider ein außerordentlich weitgehendes Recht. Der *terminus technicus* in diesem Falle lautet: der betreffende Ausländer hat sich lästig gemacht. Wodurch er sich lästig gemacht hat, das ist ganz in das Ermessen der betreffenden Polizeibehörden gestellt. Sie weisen ihn nach ihrem Gutdünken aus, und wenn er, wie ich das nachher an einer Reihe von Beispielen nachweisen werde, verlangt, daß er doch mindestens die Gründe erfahren möge, die zu seiner Ausweisung Veranlassung gegeben haben, damit er zu prüfen imstande ist, ob ein Recht zu einer derartigen Handlung vorliegt, d.h. ob nicht die Polizeibehörde selbst in bezug auf die angebliche Qualifikation des Ausländers getäuscht worden sei, also einen Schritt getan habe, den sie bei näherer Kenntnis der Sachlage nicht getan haben würde, so wird in fast allen Fällen dem betreffenden Ausländer erklärt: du hast keinen Anspruch darauf, die Gründe kennen zu lernen, wir haben keine Verpflichtung, dir das zu sagen, wir halten es für gut, dich auszuweisen, und damit basta! (Hört! hört! links.) Mit anderen Worten, man kann sagen: die Polizei befindet sich noch heute mitten in unserem konstitutionellen Staatsleben in der Stellung der absoluten Könige, die seinerzeit den Wahlspruch hatten: *car tel est notre plaisir* – wir machens, wie es uns beliebt. Sie kann Existenzen ruinieren, sie kann den schwersten Schaden anrichten, sie kann ganze Familien ins Unglück stürzen – das ist völlig gleichgültig, da kommt weder Humanität noch Christentum noch Gerechtigkeit in Frage. Die Polizei hat die Meinung gegen die Person: dich wollen wir nicht, dich mögen wir nicht, mach daß du fort kommst! Und der Betreffende ist außerstande, sich irgendwie dagegen wehren oder auch nur verteidigen zu können.

Um nun einigermaßen dieses Recht der absoluten Willkür einzudämmen, und weil man doch anerkennen muß, daß bei den ungemein verzweigten und verwickelten internationalen Beziehungen in Handel und Verkehr, namentlich auch in dem Verkehr der Menschen untereinander, es ganz undenkbar ist, daß in der Art früherer Zeiten die Grenzen des Landes gegen Ausländer abgeschlossen werden, so hat man zu dem Mittel gegriffen, auf Grund der Handels-, Schifffahrts-, Freundschaftsverträge, oder wie dieselben heißen, Bestimmungen aufzunehmen in die Verträge, wie ich ähnliche hier vorgetragen habe.

Nun sind ja, wie ich schon mehrfach hervorgehoben, in besonderem Maße es die Angehörigen des russischen Reichs, die derartigen Verfolgungen im preußischen Staat ausgesetzt sind. Ich betone ausdrücklich: im preußischen Staat. Denn mit denselben Gründen, mit denen die Berliner und andere preußische Polizeiorgane des preußischen Staats russische Angehörige des Landes verweisen, könnte auch eine ganze Reihe anderer deutscher Staaten zu denselben Maßregeln greifen: Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen usw. Es ist ja nicht zu bestreiten: wir befinden uns im Augenblick in gewissem Sinne unter einer Invasion gewisser Teile der russischen Bevölkerung nach dem Westen. Diese Invasion geht nicht allein nach Deutschland, sie geht auch nach den weiter gelegenen westlichen und südeuropäischen Staaten. Sie geht nach Österreich-Ungarn, nach Italien, nach der Schweiz, nach Frankreich, nach Belgien, nach England, ja, wie ich aus einer ganzen Reihe persönlicher Erfahrungen weiß, sogar in hohem Grade nach den Vereinigten Staaten. Diese Invasion ist, wie nicht bestritten werden kann und nicht bestritten werden soll, das Werk oder die Folge der Ereignisse, die sich in den letzten Jahren in Rußland zugetragen haben, der kriegerischen und der revolutionären Ereignisse. Diese veranlaßten nicht nur Tausende, sondern Zehntausende russischer Staatsangehöriger aus allen Klassen der Bevölkerung, nach dem Westen zu gehen und dort vorläufig Schutz und Unterkunft zu suchen.

Man hat in den letzten Tagen wiederholt in den Zeitungen gelesen, daß sich insbesondere hier in Berlin seit etwa zwei Jahren 6- bis 7000 russische Staatsangehörige angesammelt hätten, von denen ein sehr großer Teil der jüdischen Rasse angehört. Meine Herren, wir wissen, daß bei der Stimmung, die in weiten Kreisen des deutschen Volks in bezug auf die Juden vorhanden ist, ganz besonders unangenehm die Anwesenheit dieser russischen Juden vermerkt wird. Wir haben schon neulich aus der Mitte des Reichstags heraus von einem der Herren der Rechten es offen aussprechen hören, es sei eine Notwendigkeit, dieses fremde Volkselement vom deutschen Boden fernzuhalten.^{3a} (Sehr richtig! rechts.)

Am Ende sind sie uns aber nicht fremder als die Nationalrussen, Mongolen, Japaner usw., die auch in mehr oder weniger großer Zahl bei uns wohnen und sich ihres Lebens ungeniert erfreuen.

Daß nun die Juden in besonderem Maße nach dem Westen gekommen sind, das hat seine sehr natürlichen Gründe. Meine Herren, Sie wissen, daß in Rußland in den verschiedensten Distrikten, in denen hauptsächlich Juden wohnen, furchtbare Judenverfolgungen ausgebrochen sind, die in bezug auf ihre Brutalität und Grausamkeit genau denen entsprechen, die wir vor vier bis sechs Jahrhun-

3a Siehe hierzu Nr. 20/III in Band 3 dieser Ausgabe.

dernten auch in Deutschland und im ganzen übrigen Europa durchzukosten gehabt haben. (Sehr richtig! links.) In dieser Beziehung unterscheidet sich ein Teil des russischen Volkes in seiner Kultur durchaus nicht von demjenigen Kulturzustand, den wir in Deutschland und anderen europäischen Staaten vor vier bis sechs Jahrhunderten eingenommen haben. Es ist nun selbstverständlich, daß diese jüdischen Männer, Frauen, Familien, um ihr Leben und ihr Eigentum zu retten, in ihrer Verzweiflung die Flucht nach dem Westen ergriffen haben, und daß sie dabei zunächst auf dem Boden Halt machen, der ihnen über ihr eigenes Vaterland hinaus der nächste ist, der deutsche. Nun aber gehören zu diesen Personen Angehörige aller Klassen: Kaufleute, Fabrikanten, Gutsbesitzer, Gelehrte, Künstler, Studenten, Handwerker, Händler, Arbeiter, Dienstboten usw. usw.; nicht eine einzige Schicht der russischen Gesellschaft ist bei dieser Flucht unbeteiligt, samt und sonders haben sie aus den eben angedeuteten Gründen es für angemessen erachtet, nach dem Westen zu gehen. Es muß hierbei hinzugefügt werden, daß sich darunter eine unverhältnismäßig große Zahl studierender Männer und Frauen befindet, weil eben seit Jahr und Tag fast alle Hochschulen im russischen Reich infolge der inneren Unruhen geschlossen sind, und die Studierenden selbstverständlich ein Bedürfnis haben, ihre Studien an den wissenschaftlichen Anstalten Deutschlands, die außerdem durch ihren Ruf als vorzüglich bekannt sind, fortzuführen. Was speziell die russisch jüdischen Arbeiter betrifft, die besonders zahlreich z.B. hier in Berlin vertreten sind, so erklärt sich das ebenfalls sehr einfach. Einmal sind die Juden – Sie mögen sonst über sie denken, wie Sie wollen – eine intelligente Rasse, die an Kultur und Bildung auch als Arbeiter durchschnittlich dem russischen Arbeiter überlegen ist. Und ein zweites: die große Mehrzahl dieser russischen Arbeiter versteht im Gegensatz zu den eigentlichen nationalrussischen Arbeiter die deutsche Sprache; er hat also in der deutschen Sprache das Mittel, sein Fortkommen bei uns leicht zu sichern, was der ungeheuren Mehrzahl der russischen Arbeiter nicht möglich ist. Dazu kommt, daß insbesondere auch große Mengen russisch-deutscher Arbeiter aus den russischen Ostseeprovinzen hierher gekommen sind, die, wie die Herren aus dem Osten speziell wissen werden, in besonderem Maße der deutschen Sprache mächtig sind.

Die eben angeführten Ursachen sind also die natürlichen Erklärungsgründe, daß diese Massen Russen und speziell russischer Juden nach Deutschland kamen. Wer nun aber glauben oder behaupten sollte, daß diese Elemente vielleicht mit wenig Ausnahmen revolutionäre Elemente seien, Elemente, die sich an der russischen Revolution in der einen oder anderen Form beteiligt hätten und aus diesem Grunde genötigt gewesen wären, ihr Heimatland zu verlassen, der irrt sich gewaltig! (Sehr richtig! links.) Ich kann Ihnen sagen: diejenigen russischen

Männer und Frauen, die bei der Volksbewegung in den letzten Jahren sich beteiligt haben, wissen ganz genau, daß, wenn sie ihre Wege nach Deutschland führten, um hier irgendwie nur einigermaßen dauernd Aufenthalt zu nehmen, ihnen speziell in Preußen jede Minute die Schlinge jenes traurigen russisch-preußischen Ausweisungsvertrages vom Jahre 1881⁽⁵⁸⁰⁾ am Halse sitzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese wissen ganz genau, daß sie hier keinen Tag in Sicherheit sind. Sie sind im Gegenteil alle bestrebt, so eilig wie möglich die preußisch-deutsche Grenze zu verlassen, und ich mache gar kein Geheimnis daraus, daß wir Sozialdemokraten es bisher als eine unserer Hauptaufgaben betrachtet haben, Männer und Frauen dieser Art, die nach Deutschland kommen, mit Mitteln auszustatten, um ihnen möglich zu machen, so rasch wie möglich die deutsche Grenze hinter sich zu bringen. Also diese Art von russischen Staatsangehörigen ist in diesem Augenblick – darauf kann ich Ihnen mein Wort geben – hier in Berlin und in Preußen so gut wie nicht vertreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß es nicht trotzdem zahlreiche russische Männer und Frauen gegenwärtig hier gibt, die sozialdemokratische Gesinnung haben. Aber, meine Herren, wenn das bereits genügen sollte, sobald die Polizei auf irgend einem Wege Kenntnis erlangt, jemand auszuweisen, weil er eine politische Gesinnung besitzt, die der Staatsgewalt nicht genehm ist, dann wäre das allerdings eine Handlungsweise, die mit den Begriffen eines Kulturstaats, der wir doch sein wollen, in schneidendem Widerspruch stände. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich konstatiere aber zunächst, daß das Berliner Polizeipräsidium, und nicht allein dieses, sondern auch die verschiedenen Polizeibehörden in der Umgegend von Berlin, mit einer wahren Begeisterung eingetreten sind für die absolute Gleichheit in der Verhandlung der russischen Staatsangehörigen. Bankiers, Fabrikanten, Kaufleute, Gutsbesitzer, Gelehrte, Studierende, Händler, Dienstboten, Arbeiter sind ohne Unterschied der sozialen Stellung, ohne Ansehen der Person ausgewiesen worden, ohne daß ihnen auch nur das geringste in bezug auf politische Betätigung oder sonst eine Handlungsweise, die den hiesigen Behörden unbequem hätte sein können, nachgewiesen werden kann. Ja man ist sogar so weit gegangen, daß man eine fünfundsiebzigjährige Dienstmagd, die seit mehr als zwanzig Jahren bei einer deutschen Familie das Gnadenbrot ißt, weil sie über 50 Jahre bei ihr in Stellung war, ausgewiesen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. – Zuruf rechts.) – Gewiß, die Ausweisung wurde wieder zurückgenommen. Aber traurig genug, Herr von Oldenburg, daß derartige Dinge passieren können; denn das beweist doch nur die bodenlose Leichtfertigkeit, mit der die Berliner Polizei über Leben und Existenz der Menschen verfügt. (Lebhafte

Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich werde nachher noch andere Fälle nachweisen, die ebenfalls beweisen, mit welchem Mangel an Gewissenhaftigkeit – um mich nicht anders auszudrücken – die Berliner Polizeibehörde über die Existenz der Ausländer hier verfügt. Diese Menschen werden tatsächlich wie Nullen behandelt, als Wesen, denen in keiner Beziehung eine Berechtigung zur Existenz zusteht, die man einfach nach seinem *bon plaisir* ausweist, ganz wie man es für gut erachtet. Daß diese Maßnahmen in den preußischen Junkerkreisen besonderen Beifall finden, entspricht der Natur der Herren, wie sie sich seit Jahrhunderten in Deutschland und speziell in Preußen entwickelt hat. (Zustimmung links.)

Weiter, meine Herren, in Schöneberg, der Nachbarstadt Berlins, ist sogar ein vielfacher russischer Millionär ausgewiesen worden, der der größte Holzhändler der Welt, wie die Zeitungen behaupten, sein soll und viele Tausende deutscher Arbeiter beschäftigt. Es ist weiter vom Berliner Polizeipräsidium – um nur einige Beispiele anzuführen – der russische Geheime Hofrat Dr. Schwarz ausgewiesen worden, ein Mediziner von Ruf, der sich studiumshalber hier aufgehalten hat. (Hört! hört! links.)

Welche soziale Bedeutung ein großer Teil der Elemente besitzt, die hier aus Rußland in Berlin sich für kurze Zeit aufhalten, mag weiter die Tatsache beweisen, daß nach Versicherungen liberaler Zeitungen die Depots der russischen Flüchtlinge in den Berliner Banken die kolossale Summe von $\frac{3}{4}$ Milliarden Mark, also von 750 Millionen betragen. Trotz alledem ist ein ganzer Teil dieser materiell und finanziell potenten Personen ausgewiesen worden, vor denen die bürgerliche Gesellschaft bekanntermaßen einen ganz besonderen Respekt besitzt. Diese sind ja die eigentlichen Musterbürger, welche den gefüllten Geldsack aufmachen können, – und denen ein Haar zu krümmen, hat von jeher als ganz besonderes Verbrechen gegolten; aber dieses Verbrechen hat sich die Berliner Polizei zu schulden kommen lassen.

Weiter wird zum Beweise, mit welcher Leichtfertigkeit vorgegangen wird, folgendes angeführt. Vor einiger Zeit erschien ein begüterter Russe mit seiner Gattin, die in einer hiesigen Klinik sich einer Operation unterzogen hatte. Nachdem die Frau geheilt war, was einige Wochen in Anspruch nahm, reisten die Eheleute wieder nach Rußland zurück, und zwar nachdem sie, wie es in dem Blatt, aus welchem ich zitiere, heißt, hier in Berlin sehr namhafte Einkäufe gemacht hatten. Sie können sich die Überraschung vorstellen, als dieser, einer reichen russischen Familie angehörige Herr kürzlich, nachdem er aber bereits wochenlang abgereist war und wieder in seiner Heimat weilte, von seinen hiesigen Mietsleuten die Nachricht bekam, daß nachträglich eine Ausweisungsorder von der Polizei für ihn und seine Frau eingegangen sei. (Hört! hört! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn das nicht Leichtfertigkeit, ja Ge-

wissenlosigkeit in höchster Potenz ist, dann weiß ich nicht, für welche Handlungen derartige Bezeichnungen erfunden sind. (Sehr richtig! links.)

Es zeigt sich, daß wir in der Tat hier Zustände haben, die man in einem Kulturstaat für nicht möglich halten sollte. Ich muß eins sagen: ich wundere mich nur, wie die russische Botschaft es mit ihrer Stellung zum Schutze russischer Staatsangehöriger vereinigen kann, ein derartiges Treiben und eine derartige Handhabung der Ausweisungsbestimmungen gegen durchaus unbescholtene, nach jeder Richtung hin unangreifbare russische Staatsangehörige zu dulden. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, in welchem Maße die Maßregeln die Empörung selbst in sehr friedlichen Bürgerkreisen wachrufen, zeigt ein Beschluß, den vor einigen Tagen die Berliner Handelskammer gefaßt hat. Dieselbe erklärt in einer Resolution:

Die neuerdings verfügten Ausweisungen in Preußen, die namentlich viele Angehörige der russischen Nationalität betroffen haben, ziehen eine Schädigung wirtschaftlicher Interessen nach sich. – Das ist natürlich das Böseste, was nach Ansicht dieser Kammer passieren kann. – Die Kammer beschließt daher, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß bei den Ausweisungen, die nicht aus politischen Rücksichten als notwendig angesehen werden, Rücksicht auf die gefährdeten Interessen von Handel und Industrie genommen werde.

Ausweisungen aus politischen Rücksichten gibt man also von vornherein preis. Hat ein Mann eine Stellung, die der Polizei aus politischen Gründen nicht behagt, – den hinauszuwerfen, dem die Existenz zu ruinieren, dagegen hat die Berliner Handelskammer nichts; aber wenn man eine große Zahl reicher Leute, Handeltreibende, Kaufleute, Fabrikanten usw. ausweist, dann erscheint das der Handelskammer Berlins außerordentlich bedenklich. In ganz ähnlicher Weise hat sich der Verein der Berliner Kaufleute und Industriellen ausgesprochen.

Meine Herren, es erfolgen aber auch die Ausweisungen mit außerordentlichem Rigorismus. In vielen Fällen werden den Betreffenden 3 Tage, 8 Tage, 14 Tage, allenfalls auch 4 Wochen, in ganz außerordentlichen Ausnahmefällen auch einmal ein paar Monate Frist gegeben, um ihre Verhältnisse zu ordnen; dann aber müssen sie über die Landesgrenze sich hinausmachen. Die Folge davon ist vor allen Dingen die Zerstörung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse in einem ganz unverhältnismäßigen Grade. Durch diesen Rigorismus und die Masse der Ausweisungen werden die Leute in die schwierigste Lage gebracht. An einer ganzen Reihe von Personen, deren Akten zu lesen ich Gelegenheit hatte – ich habe mehr als 40 verschiedene Ausweisungsakten bei einem mir befreundeten Rechtsanwalt zu lesen bekommen –, habe ich gesehen, daß unter den 40 verschiedenen Ausweisungsordres, die zum Teil sich auf Familien bezogen, nur drei sich befanden, bei denen der Grund zur Ausweisung angegeben war: in einem Falle geschah es wegen Eigentumsvergehen, in einem anderen wegen Unterschlagung,

in einem dritten wegen eines Sittlichkeitsvergehens, also Fälle, in denen auch in Deutschland selbst deutsche Staatsangehörige ausgewiesen werden können. Die genannten Vergehen lagen aber eine geraume Reihe von Jahren zurück und außerdem hatten die Leute in dem Augenblick, wo sie die Ausweisung traf, in einer unbestreitbaren Weise eine soziale Existenz erlangt, die sie vor jeder Gefahr der Verarmung schützte und ihnen die Möglichkeit gab, wenn sie in derselben verblieben, wieder sich zu ehrlichen Menschen emporzuarbeiten. Ich meine, in einem solchen Falle wäre es schon Christenpflicht der Polizei, eine solche Existenz nicht zu zerstören, sondern im Gegenteil sich zu freuen, daß diesen Leuten Gelegenheit gegeben ist, sich wieder emporzuarbeiten. Haben doch selbst liberale Zeitungen in diesen Tagen anlässlich der Prozeßverhandlungen über den Raubmörder Hennig zugeben müssen, es könne nicht bestritten werden, daß dieser zweifellos intelligent veranlagte Mensch nicht zu dem Verbrecher geworden wäre, der er geworden ist, wenn nicht die sozialen Verhältnisse der Großstadt und die Art und Weise der Behandlung in den Gefängnissen usw. ihn dahin gebracht hätten.

Meine Herren, ich erkläre, daß in allen den Ausweisungsakten, die ich eingesehen habe, auch nicht in einem einzigen Falle der Grund angegeben werden konnte, daß Gefahr bestehe, daß der Betreffende oder seine Familie der öffentlichen Unterstützung anheimfallen würde. Ohne Ausnahme befanden sich die Leute in Lagen, die sie in den Stand setzten, in auskömmlichem Maße entsprechend ihrer sozialen Stellung ihre materielle Existenz zu finden. Es darf daher auch nicht wundernehmen, daß das gewaltige Aufsehen, daß dieses Vorgehen der Berliner und der preußischen Behörden im Auslande und auch in Rußland hervorgerufen hat, die russische Presse veranlaßt, dafür zu agitieren, daß man die Handels- und Verkehrsbeziehungen zu Deutschland abbreche. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wird also mit diesen Maßnahmen das Gegenteil von dem erreicht, was der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Rußland erreichen soll. Wenn jemals eine Staatsbehörde durch ihre Handlungsweise bekundet hat, daß sie absolut nicht versteht, die eigenen Staatsinteressen und die der eigenen Bevölkerung zu wahren, so ist es die preußische Polizei mit ihren Maßregeln. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Natürlich hat dieses Vorgehen lebhaftes Aufregung und Proteste namentlich in allen zunächst beteiligten Kreisen hervorgerufen, und so haben besonders die Berliner jüdische Gemeinde und der deutsche Zweig der „*Alliance Israélite Universelle*“ Veranlassung genommen, sich bei dem Minister des Innern für Preußen⁴ über dieses Vorgehen zu beschweren. Nun, der Herr Minister hat zwar

4 Theobald von Bethmann Hollweg.

zugesagt, man werde mit möglichster Rücksicht verfahren und die Verhältnisse nach allen Seiten hin erwägen, um so wenig als möglich Schaden anzurichten; aber der ganze Inhalt seiner Ausführungen bekundet doch, daß sämtliche Russen, die sich seit 1904 hier in Berlin allmählich angesammelt haben, aus Preußen ausgewiesen werden sollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er hat sich nur bereit erklärt, er werde rechtzeitig den betreffenden Vereinigungen Mitteilungen machen, damit sie in der Lage seien, durch entsprechende materielle Hilfe die ausgewiesenen Familien in den Stand zu setzen, so gut als möglich ihre Reise unternehmen zu können.

In besonderem Maße aber wendet sich der Minister gegen den Wunsch, daß die hierher zugezogenen russischen Arbeiter, auch wenn sie ausreichenden Unterhalt gefunden und einwandfrei sich geführt haben, unter die Kategorie der hier in Betracht kommenden Personen mit aufzunehmen seien. Er will ja mit aller Vorsicht und Rücksicht vorgehen; aber hinaus müssen sie. Nun, wenn in Groß-Berlin 6000 bis 7000 Arbeiter, meinetwegen lauter jüdische, sich angesammelt haben, so bedeutet das bei circa $\frac{1}{4}$ Million Arbeitern in der Großstadt und ihrer Umgebung gar nichts. Mir ist es bis heute unmöglich gewesen, auch nur einen Fall ausfindig zu machen, in dem nachgewiesen werden konnte, daß ein russischer Arbeiter, einerlei ob Vollrusse oder Jude, sich der Lohndrückerei schuldig gemacht hätte und seine Arbeit unter Bedingungen begonnen hätte, die diejenigen eines Berliner Arbeiters verschlechtern mußte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht der Fall. Solche Motive spielen natürlich auch bei der preußischen Polizei keine Rolle. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dieselbe unterstützt es vielmehr mit aller Macht, wenn Zehntausende russisch-polnischer Arbeiter im Osten alljährlich über die Grenze kommen, um unseren ostelbischen Gutsbesitzern für Hungerlöhne ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Dieselbe Polizei hat auch nicht das geringste einzuwenden, wenn die Vertreter der rheinisch-westfälischen Schlot- und Kohlenbarone ihre Agenten nach Galizien, Ungarn, Slavonien usw. schicken und von dorthier Zehntausende von Arbeitern bei uns einführen mit der Absicht, sie für die deutschen Arbeiter als Lohndrücker zu benutzen (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), – Menschen von so außerordentlich tiefer Kulturstufe! – was natürlich nicht deren Schuld ist, sondern Schuld der Staaten, in denen sie erzogen worden sind. Die Polizei hat nichts dagegen, wenn Zehntausende dieser Menschen oft Schmutz starrend, in ihre neue preußische Heimat kommen; sie hat selbst nichts dagegen, wenn diese ekelhafte Krankheiten unter den deutschen Arbeitern verbreiten (lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), wie z.B. die Wurmkrankheit. Sollte es einmal der Minister des Innern für Preußen wagen, von den Fabriken der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Schlotbarone die ausländi-

schen Arbeiter in Rücksicht auf ihre Salubrität, dem Kultur- und Gesundheitszustand fernzuhalten, dann geht ein Donnerwetter auf ihn hernieder, daß er die letzte Zeit auf seinem Sessel geblieben wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Kohlen- und Schlotbarone haben so viel Macht in den Händen, daß, sobald ihre Interessen in Gefahr waren, sie auch einen Ministerwechsel veranlassen können. Wir haben kein konstitutionelles System im Staate, aber ein kapitalistisches, und sobald diese kapitalistischen Interessen in Gefahr sind, kann auch ein Minister, ja, auch der König nicht anders, als diesen Interessen gemäß zu handeln. (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.) [...] ^[581]

Ich komme nun zu einem politischen Fall. Dieser betrifft den in Paris lebenden Schriftsteller – ich will hinzufügen: sozialdemokratischen Schriftsteller – Semelow. Dieser kam Ende Januar nach hier und wollte in einer Versammlung seiner russischen Freunde einen Vortrag halten über die russische Freiheitsbewegung und die öffentliche Meinung Frankreichs. Kaum erfährt das die Polizei, so wird ihm Order gegeben, binnen 24 Stunden den Staub von den Pantoffeln zu schütteln und den preußischen Staat zu verlassen. In der Ausweisungsbefehl heißt es: Da Sie als Ausländer ein Recht zum Aufenthalt in Preußen nicht besitzen, so werden Sie hierdurch ausgewiesen. Nun mache ich Sie mit folgendem bekannt: Semenow hatte bis dahin in Paris und zwar als sozialdemokratischer Schriftsteller gelebt; er war auch in Paris als Redner öffentlich aufgetreten. Nach seiner Ausweisung aus dem preußischen Musterstaat ist er wieder nach Paris gegangen und lebt bis heute ungehindert dort. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Frankreich ist bekanntlich der Bundesgenosse „Väterchens“, Frankreich nimmt alle möglichen Rücksichten auf Rußland; aber, meine Herren, das ist in Frankreich, diesem „wildem Lande“, nicht möglich, daß dort ein Mann, weil er sich öffentlich als Sozialdemokrat bekennt, in sozialdemokratischen Versammlungen spricht und sozialdemokratische Artikel verfaßt, ausgewiesen wird. Das kann nur im preußisch-deutschen Kulturstaate geschehen. (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nur hier bringt man dergleichen fertig! Ich frage: was wäre passiert, wenn der Mann vor Russen in russischer Sprache den erwähnten Vortrag gehalten hätte, den kein deutscher Staatsangehöriger verstand, dem auch kaum einer beigewohnt hätte? Und daß er nicht so einfältig gewesen wäre, hier in Berlin die russische Revolution proklamieren zu wollen, darüber brauchen wir wohl nicht zu reden!

Ich komme nun zu einer Anzahl von Fällen, die Studierende der hiesigen Universität betreffen. Ich mache darauf aufmerksam: bei näherer Erkundigung waren die Tatsachen, die Grund zur Ausweisung gegeben haben sollen, zum Teil nur dadurch zu erfahren, daß bei persönlicher Vorsprache auf dem Polizeipräsi-

dium der eine oder andere Beamte im Laufe der Unterhaltung sagte: „Hören Sie, Sie sind in einer sozialdemokratischen Versammlung gewesen, Sie waren am 21. Januar da und da!“ Bei einem anderen war es der 18. März, daß er in einer sozialdemokratischen Versammlung gewesen sein sollte. Das hat dann genügt, um die Leute ohne weiteres auszuweisen! (Sehr richtig! rechts.) – Ja, Herr v. Oldenburg, wenn es nach Ihnen ginge, wären wir allerdings in Deutschland noch weit hinter Rußland zurück; Sie sind ja russischer als die Russen selbst! (Heiterkeit und sehr wahr! links.) Sie haben – das ist, was ich bei Ihnen anerkenne – aus Ihrem Herzen niemals eine Mördergrube gemacht; aber ein Mörder wären Sie uns gegenüber, wenn Sie es sein könnten! (Heiterkeit links. Zuruf rechts.) – Das müssen Sie erst abwarten!

Da sind weiter der Student Katzmann und Frau, die als lästige Ausländer Ende April ausgewiesen wurden. Die Ausweisung erfolgte von der Abteilung VII, das ist diejenige, welche die politische Polizei repräsentiert. Die Genannten waren seit einem Jahre hier; Katzmann wollte in diesem Semester in sein Doktorexamen gehen. Der Vater ist ein vermögenger Kaufmann; er und seine Frau erhalten monatlich von elterlicher Seite 100 Rubel Zuschuß. Ihm wurde auf Befragen nach dem Grunde seiner Ausweisung gesagt, er sei ein politisch tätiger Mann. Er protestiert auf das energischste dagegen, daß er seine politische Gesinnung in irgend einer Weise bemerkbar gemacht habe. Es half nichts: er wird ausgewiesen!

Da ist ferner der Student Simon Beletzki; dieser wurde am 17. April als „Politischer“ ausgewiesen. Auf dem Polizeipräsidium wurde ihm gesagt, er sei vor einigen Wochen in einer sozialdemokratischen Versammlung gewesen. Beletzki erklärte: „das ist einfach nicht wahr; wer das sagt, der lügt; ich bin niemals in einer Versammlung in Berlin gewesen!“ Nachher hört er, er solle sogar in einer sozialdemokratischen Versammlung geredet haben. Darauf antwortet er: das sei ganz unmöglich, denn er verstehe so wenig deutsch, daß er auch nicht einen einzigen deutschen Satz korrekt aussprechen könne; die Beschuldigung sei nicht wahr, auch das sei gelogen, man denunziere ihn falsch. Es hat alles nichts geholfen! Er wurde ausgewiesen, obgleich er vom Unterrichtsminister⁵, vom 10. April datiert, ausdrücklich die Aufnahme in die Technische Hochschule zu Berlin erhielt, mit der Berechtigung zur Diplomprüfung. Der Vater ist Großgrundbesitzer im Gouvernement Moskau, und dieser gab seinem Sohne, als er nach Berlin zu Studienzwecken reiste, 500 Rubel Reisegeld mit und hat in jedem Monat 200 Mark Unterstützung geschickt. Meine Herren, das sind doch alles Fälle, in denen kein Mensch den leisesten Grund für eine Ausweisung finden wird können. (Sehr richtig! links.)

5 Konrad von Studt.

Weiter ist hier der Kandidat der Medizin Kalmann Rabinowitsch; dieser erhielt am 30. März d.J. eine Strafe von 5 Mark, weil er eine Verordnung über Lustbarkeiten übertreten habe. Er hatte ein kleines Vergnügen unter seinen Landsleuten arrangiert. Dafür wurden ihm von der Polizei 5 Mark Strafe zudiktiert, und es wurde ihm weiter gesagt: nehmen Sie sich aber in acht; wenn Sie noch einmal in Konflikt mit uns oder dem Gericht kommen, werden Sie ausgewiesen. Er war nicht wieder in irgend einen Konflikt gekommen; trotz alledem erhielt er am 14. April die Ausweisungsorder für sich und seine Frau, binnen drei Tagen Berlin zu verlassen. Beide sind anderthalb Jahre hier. Rabinowitsch ist zur Zeit Famulus bei Professor Olshausen, seine Frau in gleicher Stellung bei Professor Westerhöfer; es sind also hochangesehene junge Leute, die bei ersten Männern an der Berliner Universität in Vertrauensstellungen sich befinden. Beide befinden sich auch in der Doktorarbeit. Es ist klar, daß, wenn sie die Doktorarbeit unterbrechen müssen, ihre ganzen Studien hier so gut wie zwecklos sind. (Hört! hört! links.) Wenn es nun, meine Herren, noch passiert, wie es in einer ganzen Reihe Fälle, die mir vorliegen, passiert ist, daß sie in der Matrikel der Universität gelöscht werden, und zu gleicher Zeit in das Abgangszeugnis geschrieben wird, daß sie aus Berlin ausgewiesen wurden (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), dann können sie in ganz Deutschland vergeblich suchen, bei irgend einer Universität aufgenommen zu werden; sie können kein Examen mehr machen, ja nicht einmal eine Zulassung finden. Das ist das ganz besonders Grausame und Brutale, und derartige Fälle liegen mehrfach vor. Man hat sogar in einem Fall ohne weiteres, ehe noch die Beschwerde erledigt war, bereits seitens des Polizeipräsidiums Veranlassung genommen – und zwar trifft dies den Studenten Rappaport –, der Universitätsbehörde die Order zu geben, daß sie den Namen des Mannes in der Matrikel der Universität lösche, und daß außerdem die Tatsache der Ausweisung in sein Zeugnis geschrieben wurde. Auch im Falle Rabinowitsch war die Familie sozial durchaus sichergestellt. Der Mann hatte im Augenblick der Ausweisung die Doktorarbeit bei dem Professor Dr. v. Liszt aufgenommen. Seine Frau, die bereits 11 Semester hier Medizin studierte, war ebenfalls dabei, das Doktorexamen zu machen. Den Leuten wird also die ganze Existenz durch einen Federstrich der Polizei vernichtet, ohne daß auch nur der geringste Anlaß dazu vorliegt. Wenn solche Handlungen nicht aus Freude am Ruin, an der Vernichtung der Existenz geschehen, dann weiß ich nicht, was für ein Motiv für ein so unqualifizierbares Vorgehen vorhanden sein soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will noch hinzufügen, daß die genannte Familie jeden Monat 200 Mark Zuschuß von zuhause bekam.

Eine Frau Lemberk, geb. Lifschütz, wird am 25. April aufgefordert, binnen drei Tagen Berlin zu verlassen. Ihr Vater ist Großkaufmann in Odessa. Die Frau

war seit 8 Monaten hier; sie hat früher in Berlin jahrelang gelebt und ihre Studien betrieben. Ihr Mann hat in Berlin sein medizinisches Examen gemacht; er ist gegenwärtig Arzt in St. Petersburg. Die Frau mit ihrer kranken Mutter und ihrem kleinen Kinde ist einfach von Petersburg weg in Rücksicht auf die Unruhen dort, sie wollen in ruhigen Verhältnissen leben, – und hier wurde sie jetzt ohne weiteres ausgewiesen. Keine dieser Personen – es sind Frauen – hat sich lästig gemacht; sie haben sich politisch nirgends betätigt. Trotz alledem fliegen sie hinaus.

Meine Herren, Sie werden mir bei aller Bereitwilligkeit, die vielleicht auch Ihnen unsympathischen Russen und namentlich russischen Juden soviel als möglich aus Deutschland herauszubringen, doch zugeben müssen, daß in all den Fällen, die ich vorgetragen habe, die auf Grund der Akten festgestellt sind, auch nicht ein einziger vorliegt, bei dem auch nur der Schatten einer Rechtfertigung einer Ausweisung vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Trotz alledem geht man wie geschildert vor.

Meine Herren, ich bin der Ansicht: wenn es einen Staat in Europa, ja man kann sagen, in der Welt gibt, der in bezug auf die Behandlung von Ausländern mit einer gewissen Noblesse, mit einer gewissen Vornehmheit, wenigstens mit Anständigkeit verfahren sollte, dann ist es das Deutsche Reich (lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten), dessen Angehörige zu Millionen und aber Millionen in allen Ländern der Welt die Gastfreundschaft in Anspruch nehmen. (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, was sollte geschehen und was würden Sie sagen, wenn in ähnlichem Maß, wie hier in Deutschland es Russen und anderen Ausländern passiert, mit unseren deutschen Staatsangehörigen im Ausland verfahren würde! Was würde da für ein Geschrei entstehen! Und zweifellos sind mindestens so viel Gründe, wie hier in Berlin für die Ausweisung der Russen bestehen, auch für unsere deutschen Angehörigen im Ausland vorhanden, um sie aus den verschiedenen Staaten der Welt auszuweisen und ihnen zu sagen: macht, daß ihr nach Hause kommt ins Deutsche Reich! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine, schon diese einzige Tatsache sollte unsere Staatsmänner und ihre Untergebenen zur Besinnung bringen, was für Rücksichten sie aus Anstand Deutschland und der Welt schuldig sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Als wir vor ein paar Jahren in den Terminen, die ich eingangs meiner Rede erwähnte, hier die Ausweisungen erörterten, nahm der verstorbene Herr Staatssekretär v. Richthofen am 19. Januar das Wort und suchte die damals von uns getadelten Ausweisungen damit zu rechtfertigen, daß er erklärte, die gerügten Ausweisungen beträfen Anarchisten, und die meisten Staaten Europas seien übereingekommen, fremde Anarchisten nicht bei sich zu dulden und sie rücksichtslos auszuweisen. Und, meine Herren, in ganz ähnlicher Weise erklärte auch

Fürst Bülow am 29. Februar 1904 nach dem stenographischen Bericht, die moralische Pest des Anarchismus müsse bekämpft werden wie jede andere Seuche. Und an einer anderen Stelle seiner Rede sagte er: Wir sind noch nicht so weit gekommen, daß wir uns von solchen Schnorrern und Verschwörern auf der Nase herumtanzen lassen.^[582]

Nun, meine Herren, ich habe damals erklärt, daß weder Silberfarb noch Mandelstamm noch andere Persönlichkeiten, die damals hier in Frage kamen, Anarchisten seien, daß sie teilweise Sozialdemokraten seien, daß mit nichts ihre anarchistische Gesinnung bewiesen werden könne.^[583] Aber man behauptete damals doch, es seien Anarchisten. Nun meine ich, freilich sollten Ausweisungen auch Anarchisten nicht betreffen, wenn sie nicht Handlungen begehen, die sie als wirklich staatsgefährlich erscheinen lassen. Aber, meine Herren, heute sind wir so weit gekommen, daß man gar nicht einmal den Versuch macht, zu behaupten, daß unter den Ausgewiesenen, die ich hier genannt habe, auch nur ein einziger Anarchist sei. (Sehr wahr! links.) Davon ist gar keine Rede. Keiner derselben hat sich politisch beteiligt. Ich wiederhole, der Besuch einer Versammlung als Zuhörer, der doch ebenso gut aus Neugierde als aus Überzeugung stattfinden kann, kann doch unmöglich eine Ausweisung begründen. Was würde Herr v. Oldenburg sagen, wenn er mal nach Paris käme, und er hörte, daß irgendwo eine anarchistische Versammlung stattfinde, wenn er in diese Versammlung gehen würde – (Heiterkeit) so viel Interesse traue ich ihm zu – was würde er nun sagen, wenn dann die Pariser Polizei ihm erklärte: Hören Sie, Herr, Sie sind offenbar ein Anarchist, – und ihn auswies? (Zuruf rechts.) – Ja, aber ärgern würde es Sie doch, und protestieren würden Sie auch dagegen und ganz mit Recht. Es kann ja sein – ich glaube es sogar –, daß nach dem, was seitdem bei uns passiert ist, Fürst Bülow die Rede nicht mehr halten würde, die er 1904 gehalten hat. Mittlerweile haben sich auch in bezug auf Rußland gewisse Anschauungen bei uns geändert; um so mehr aber muß ich fragen: Was haben aber diese Maßregeln für einen Zweck? Was will man damit? Will man Rußland damit ärgern? Das ist doch undenkbar. Dem offiziellen Rußland kann man höchstens mit den Ausweisungen bis zu einem gewissen Grade einen Gefallen tun. Oder will man ihm immer noch zu Gefallen sein? Ja, nach der Depesche Lamsdorffs^[575] und dem, was drum und dran hängt, was in und nach Algeciras^[562] sich zugetragen hat, halte ich das für ganz unmöglich.

Was bezweckt man also damit? Oder will man das Deutsche Reich vor einer Gefahr bewahren? Das wäre doch lächerlich! Was können denn die paar russischen Studenten und russischen Arbeiter dem Deutschen Reich für eine Gefahr bringen? Sie, meine Herren, haben doch außerdem Sozialdemokraten in Hülle und Fülle im Deutschen Reich, sogar millionenweise. (Heiterkeit.)

Dabei kann es doch auf die paar russischen Arbeiter und Studenten und Studentinnen ganz unmöglich ankommen. Gehen Sie einmal nach Italien, Österreich, der Schweiz, Frankreich, England usw.! In keinem dieser Staaten werden Sie mir auch nur einen einzigen Fall nachweisen, wo Ausweisungen aus Gründen stattgefunden haben, wie sie hier von mir angeführt worden sind.

Wie man in Österreich über diese Frage denkt, möchte ich Ihnen aus dem offiziellen Bericht des Reichsrats vom 26. Juni 1905 zeigen. Österreich ist mindestens so sehr wie Deutschland der Invasion der russischen Auswanderer ausgesetzt, ja, noch viel mehr. An jenem Tage hatte mein Parteifreund Daszczyński eine Interpellation im Reichsrat eingebracht, worin er anfragt, wie das Ministerium zu den Einwanderungen der russischen Staatsangehörigen stehe. Nun bitte ich, mir zu erlauben, die kurze Rede des österreichischen Ministers des Innern Grafen Bylandt zu verlesen. Das ist eine Rede, die sich sehen lassen kann. Diese hat ein Ehrenmann gehalten. Hut ab vor diesem Grafen Bylandt, trotzdem er ein Graf ist! (Heiterkeit.) Die Rede lautet:

Hohes Haus! Seit zirka einem Jahr hat sich die Einwanderung aus Rußland in unsere Grenzländer, insbesondere in das Königreich Galizien, in auffallendem Maße vermehrt. Die private Wohltätigkeit hat hier mit voller Kenntnis der Behörden eingegriffen, und es ist ihr gelungen, in sehr vielen Fällen den Notstand unter den Eingewanderten zu lindern und auch in den überwiegend meisten Fällen die Weiterreise der Eingewanderten möglich zu machen.^[1]

Hier also begrüßt es ein Minister, daß man Mittel sammelte, um den Armen zu helfen, – bei uns werden Leute, die im Verdacht stehen, arm zu sein, hinausgeworfen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Weiter heißt es:

Die Behörden haben dort, wo sie gezwungen waren, die Fremdenpolizei und die Gesetze gegen Ausweislose anzuwenden, diese Gesetze stets in der rücksichtsvollsten Weise gehandhabt (hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und haben in jedem einzelnen Falle auf die Bedeutung und auf das Individuelle des Falles Rücksicht genommen.

Eine Abschaffung an die russische Grenze hat in keinem Falle stattgefunden (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten),

und zwar schon mit Rücksicht darauf, daß das seinerzeit bestandene Deserteurkartell aufgehoben ist. Ich glaube, hier die Versicherung geben zu können,

– erklärt der Herr Graf, – daß die Regierung und die Behörden, insbesondere die Behörden des Königreichs Galizien, die hier in erster Linie in Frage kommen, den Einwanderern gegenüber stets mit der größten Humanität und Rücksicht vorgegangen sind (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten),

und daß sie daher einer besonderen Aufforderung, wie sie in dem hier zur Verhandlung stehenden Dringlichkeitsantrage gelegen ist, nicht bedurft hätten,

um auch in Zukunft in gleicher Weise vorzugehen.^[583a] (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist die Antwort eines braven Mannes, bei dem das *noblesse oblige* etwas gilt. Er sagt: es sind arme Leute, wir freuen uns, wenn sie unterstützt werden, wir werden sie nicht ausweisen, wir werden jede Rücksicht gelten lassen, die wir als Menschen schuldig sind. Die Interpellation meines Parteigenossen Daszczyński hatte die Wirkung, daß, als der Präsident die Frage wegen der Besprechung an das Haus richtete, Daszczyński ausdrücklich auf das Wort verzichtete; die Interpellationsverhandlung hatte ein Ende, weil die Antwort nach jeder Richtung hin klipp und klar und zufriedenstellend ausgefallen war.

Meine Herren, man vergleiche damit einmal das Verfahren bei uns! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier wird nicht einmal eine Antwort erteilt auf die berechtigten Anfragen; im österreichischen Reichsrat eine noble Erklärung des Ministers, die selbst die schärfste Oppositionspartei, die Sozialdemokratie, zufriedenstellt.

Herr v. Oldenburg gehört ja auch zu den guten Christen. Herr v. Oldenburg wird, obgleich er ein Feind der Juden ist, doch das Alte Testament anerkennen. (Zuruf rechts. Heiterkeit.) – Sie sind kein Feind der Juden? Dann um so besser! Dann hören Sie mal, was im 3. Buch Mose, Kap. 19, Vers 33 und 34 steht:

Wenn ein Fremdling bei euch in eurem Lande wohnen will, den sollt ihr nicht schinden, er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und sollt ihn lieben, wie ihr euch selbst liebt. Denn auch ihr seid Fremdlinge gewesen in Ägyptenland. Ich bin der Herr, euer Gott, der so spricht.

Ja, meine Herren, religiös sind die Herren von der Rechten bis auf die Knochen, und wenn einer von uns irgend einen Glaubenssatz in Frage stellt, so ist das in ihren Augen höchst unmoralisch. Aber wenn man nach der Betätigung ihrer religiösen Grundsätze im Leben und in der Praxis fragt, – ja, Bauer, dann sieht es ganz anders aus, dann stehen ihre Taten allzeit mit ihren christlichen Grundsätzen im schneidendsten, unvereinbarsten Widerspruch. (Lebhaftes Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, Sie werden uns nicht im Verdacht haben, wir seien Freunde der russischen Regierung. Also der russischen Regierung zu Liebe haben wir diese Interpellation wahrhaftig nicht gestellt; uns wäre es am liebsten, wenn noch heute der ganze russische Despotismus zusammenbräche und vernichtet würde. Aber wir sind Freunde des russischen Volkes und wollen nicht, daß zwischen dem russischen und dem deutschen Volk irgend welche Differenzpunkte vorhanden sind, die die gegenseitige Sympathie und Freundschaft abschwächen könnten. Wir haben daher das lebhafteste Interesse, daß wir den Russen, die zu uns kommen als Hilfesuchende, als geschützt sein Wollende, diesen Liebesdienst

in allen Ehren und in aller Freundschaft erweisen, wie es einem anständigen Menschen und einem Kulturstaat zukommt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heute sind diese Männer und Frauen bei uns vogelfrei, rechtlos in jeder Beziehung. Die Polizeiwilkkür entscheidet in unerhörter Weise; jeder, der eine Privatrache befriedigen will, braucht nur zu einem Polizisten zu gehen und ihm etwas zustecken, und er kann sicher sein, er erreicht seinen Zweck und kann einen Mann, eine Frau, eine ganze Familie unglücklich machen, indem in der gewissenlosesten Weise die Ausweisung erfolgt, ohne daß eine gewissenhafte Prüfung vorgenommen wurde.

Ganz mit Recht sagte der Herr Abgeordnete Spahn am 19. Januar 1904:

Der Ausländer genießt ja nicht den Schutz unserer Gesetze. Aber die Kulturanschauungen, die niedergelegt sind in unseren Verfassungen, die haben wir zu beobachten auch gegenüber dem Ausländer. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) Wenn dieser auch keinen Rechtsanspruch gegen den Staat hat, so hat doch der Staat eine Pflicht gegen seine Ehre, sein Ansehen und gegen die allgemeinen Anschauungen. (Sehr richtig! links und in der Mitte. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sollten darüber einig sein, daß wir die feststehenden Kulturanschauungen auch dem Ausländer gegenüber zur Geltung zu bringen haben.^[584]

Vollkommen richtig, meine Herren! Aber wie steht's in der Wirklichkeit! Wie? Das habe ich Ihnen gezeigt.

In der Sitzung am 29. Februar 1904 sagte der Abgeordnete Schrader: Es ist eigentlich ein Stück alter Barbarei, das in unserem modernen Staatswesen existiert, daß ein Mann, der nicht zu unserer Nation gehört, hier eigentlich vogelfrei ist.^[585] (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im weiteren hat sich der Abgeordnete Spahn am 15. März v.J. in der 164. Sitzung noch ausdrücklich auf seine verstorbenen Parteigenossen Windthorst und Lieber berufen, wie bereits der eine im Jahre 1874, der andere im Jahre 1899 hier im Hause nachdrücklich erklärten, daß sie dafür einträten, daß der Ausländer im Deutschen Reiche anständig behandelt werde. Ja, Lieber habe es geradezu als ein Naturrecht angesehen, daß der Fremde sich im Reich aufhalten könne.

Meine Herren, wollen wir erreichen, daß bei uns in Deutschland der Fremde als ein Mensch behandelt wird, dann werden wir immer wieder ernsthaft die Frage anregen müssen, ob wir nicht alles aufzubieten haben, ein deutsches Fremdenrecht zu bekommen, das der Polizeiwilkkür ein für allemal ein Ende setzt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Solange diese Sachen von der Polizei abhängen, solange die Polizei gewissermaßen die Macht hat, über Tod und Leben und über Existenzen zu entscheiden ganz nach ihrem Gutdünken, werden wir niemals zu diesem Zustande kommen,

werden wir stets vor der ganzen Kulturwelt als die Blamierten, als die Rückständigen dastehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe vorhin erwähnt, daß der Graf Bylandt im vorigen Jahre im österreichischen Abgeordnetenhaus erklärt habe, es sei nicht eine einzige Auslieferung vorgekommen. Meine Herren, ich wollte, wir könnten dasselbe sagen. Leider nicht! Ich habe hier einen Auszug aus der „Rigaischen Rundschau“, also einem russischen Blatt, vom 15. März d.J. Diese meldet, in Memel sei der Lehrer Aletzki an Rußland ausgeliefert worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aletzki stamme aus dem Flecken Sockenhausen im Hasenpotschen. Weshalb er ausgeliefert wurde, steht nicht dabei; möglicherweise hat er sich bei der Erhebung in den Ostseeprovinzen beteiligt, und ist daraufhin die Auslieferung erfolgt. Jedenfalls war das ein Schritt, dessen heute kein Kulturland mehr fähig sein sollte; und wenn wir in der Reihe der Kulturstaaten rangieren wollen, dann müssen wir dafür so rasch wie möglich sorgen, daß solch schandbare Zustände beseitigt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aber, meine Herren, mit alledem, was ich Ihnen eben gesagt habe, ist es noch nicht genug. Nicht genug, daß die Polizei leichtfertig, gewissenlos und ohne Erbarmen menschliche Existenzen schädigt und ruiniert, – nein, sie benutzt zugleich ihre Macht, um friedlich hier lebende Ausländer mit dem Zwangsmittel der Ausweisung zu bedrohen und mit der Existenzvernichtung einzuschüchtern, um alsdann diese Ausländer ihren verbrecherischen Zwecken dienstbar zu machen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) um den Ausländer zu einem Verbrechen zu verleiten. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist auch früher schon öfter geschehen. Wir haben unter dem Sozialistengesetz erlebt, wenn sich einer meiner Parteigenossen – es sind ja solche Fälle in jeder Partei vorgekommen – mal ein Vergehen hatte zu Schulden kommen lassen, dessen Ruchbarkeit er um jeden Preis vermeiden mußte – kein politisches, ein gemeines –, und wenn die Polizei das erfuhr, dann hat sie in Berlin, in Elberfeld und in anderen Städten diesen Umstand wahrgenommen, um den armen Teufel in die Zwickschere zu nehmen und ihn zu zwingen, ihr Dienste zu leisten, indem sie jeden Tag das Damoklesschwert der Denunziation bei der Staatsanwaltschaft über seinem Haupte hielt. Sie sagte dann: wenn du uns nicht Dienste leistest und du an deiner Partei und deinen Parteigenossen nicht zum Verräter wirst, dann melden wir dich bei der Staatsanwaltschaft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun, meine Herren, hier liegt ein Fall ähnlicher Art vor. Ich erkläre Ihnen: die Akten dieses Falles stehen mir im vollsten Maße zur Verfügung; ich bedauere, daß von den Herren der Regierung keiner mehr am Platze ist, ich würde ihm sonst mein einwandsfreies Material auf einige Augenblicke zur Verfügung stellen.

Es lebte in Schöneberg bei Berlin ein Russe, dessen Namen ich nicht nenne, ein

Kaufmann. Derselbe kam Ende Februar 1905 hier an und wohnte im Hotel Janson; vom 15. März 1905 bis 31. März 1906 wohnte er in Steglitz, Zimmermannstraße 1, seitdem in Schöneberg, Hauptstraße 107. Der Mann zahlte 1200 Mark Miete und hatte im Vertrauen darauf, daß er als ruhiger Bürger, der sich um nichts kümmert und keinerlei Politik treibt, ruhig hier leben könne, einen Mietsvertrag abgeschlossen, der bis 31. März 1907 läuft. Der Mann ist, wie gesagt, Kaufmann, er hat Agenturen und Kommissionen für Großhandelshäuser hier in Berlin, er vermittelt Verkäufe und Waren nach Rußland, er ist also im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft ein außerordentlich nützlicher Staatsbürger. Dieser Mann – das mag für den Umfang seines Geschäfts sprechen – hat jährlich 3000 Mark Spesen, einen Privatverbrauch von 8000 Mark. Er hat eine schwerleidende Frau und einen Knaben von 9 Jahren, der die Vorschule des Steglitzer Gymnasiums besuchte. Am 14. April d.J. erkundigt sich bei dem genannten Kaufmann ein Schutzmann nach seinen Verhältnissen; dem Manne fällt das auf, er fragt seinen Hausverwalter, der ebenfalls Schutzmann ist, was das zu bedeuten habe. Darauf erklärte ihm dieser, er wolle seine Personalien der Polizei übermitteln. Am anderen Tage, am 15. April, teilt er ihm mit, er habe auf der Polizei erfahren, daß seine Ausweisung in Aussicht stehe. Das war ihm schier unbegreiflich. Er hat einen Bekannten, einen Herrn v. Brockhusen, also einen der Edelsten der Nation (Heiterkeit), mit dem spricht er am 17. April über den Fall. Dieser Edelste gibt an – ob es wahr ist, weiß ich nicht, weiß auch der betreffende Kaufmann nicht –, er sei ein Neffe des verstorbenen Staatssekretärs v. Richthofen und auch ein entfernter Verwandter des Staatssekretärs der Marine von Tirpitz. Auf jeden Fall war er aber ein Agent der Polizei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Russe hat den Mann kennen gelernt in dem Bureau der Aktiengesellschaft Wegelin und Hübner. Brockhusen versprach ihm auf Grund seiner ausgezeichneten Verbindungen, alles zu tun und seine Ausweisung zu verhindern. Am 18. April erhält der Russe eine polizeiliche Verfügung des Schöneberger Polizeipräsidenten, datiert vom 17. April, von demselben Tage, wo er mit Brockhusen über diesen Fall gesprochen hatte, in der es heißt:

Nachdem Sie und Ihre Familienangehörigen hier in Schöneberg Aufenthalt genommen, wird Ihnen mitgeteilt, daß Ihre sowie Ihrer Familienangehörigen Niederlassung und Ihr und Ihrer Angehörigen dauernder Aufenthalt in Schöneberg bei Berlin und in Preußen nicht zugelassen werden kann; es wird Ihnen daher empfohlen, das Gebiet des preußischen Staates binnen längstens drei Monaten zu verlassen, da sonst Ihre Ausweisung würde erfolgen müssen. (Hört! hört! links.) Gründe – nicht angegeben. An demselben Tage erhielt sein Dienstmädchen Marianne Kudelka die Aufforderung, binnen 14 Tagen den preußischen Staat zu verlassen, da ihr als Ausländerin ein gesetzlicher

Anspruch auf Gestattung des Aufenthalts im Gebiete des preußischen Staats nicht zustehe.

An demselben Tage nachmittags, am 18. April, nachdem unser Russe die eben verlesene Order erhalten hatte, geht er zu v. Brockhusen und klagt dem sein Leid. Darauf nimmt ihn Brockhusen – die Sache scheint schon von Brockhusen vorher abgekartet zu sein, er nahm offenbar an, daß der Russe sicher zu ihm kommen würde wegen der Ausweisung – mit nach Wilmersdorf, Kaiserplatz 5, in die Weinprobierstube. Dortselbst wird ihm der Hauptmann a.D. und Polizeikommissar Schöne vorgestellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem Brockhusen dem betreffenden russischen Kaufmann vorher gesagt hatte, Herr Schöne werde allerdings für seine Gefälligkeit, die Ausweisung zurückzunehmen, wohl einige Gefälligkeiten verlangen als Gegenleistung, begann die Unterhandlung. Man kam aber an dem Tage nicht zum Ziele, sie dauerte den 18., 19. und 20. April. Am folgenden Tage, den 19., erklärte Polizeikommissar Schöne: leider sei es ihm bis jetzt nicht möglich gewesen, die Ausweisung rückgängig zu machen; aber er habe gehört, wenn er, der Russe, sich Verdienste in staatlichen Angelegenheiten erwerben werde, so solle, so habe sein Vorgesetzter erklärt, der Herr hier gut aufgehoben sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, um Ihnen das hier nicht im einzelnen auseinanderzusetzen, erkläre ich, daß die Unterhandlungen den Zweck hatten, daß der russische Kaufmann in seiner Zwangslage, das Damoklesschwert der Ausweisung über seinem Haupte, sich herbeilassen sollte, landesverräterische Dienste gegen sein eigenes Vaterland zu Gunsten Deutschlands zu leisten. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Große Bewegung.)

Er wurde also zu einem Verbrechen aufgefordert! Meine Herren, Herr Schöne gilt als die geriebenste Polizeinatur hier in Berlin, der für derartige Dinge die Hauptdienste zu leisten hat. Er hat im vorliegenden Falle eine geradezu unglaubliche Kopflösigkeit bewiesen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß, ehe er des Mannes vollständig sicher war, dem er übrigens versprach, es werde nicht allein ein schöner Verdienst ihm zufallen, er könne jährlich auf circa 16 000 Mark rechnen, er stellte ihm auch weiter in Aussicht, man werde ihn nachher naturalisieren, allerdings sei alsdann nötig – der Russe war nämlich Jude –, daß er sich taufen lasse (Hört! hört! und große Heiterkeit links), er sich in dessen Hände gab. Meine Herren, welch' eine feine Acquisition für die evangelische Landeskirche, die einen Landesverräter nach geleisteten Diensten als Täufling aufnehmen soll, damit wahrscheinlich durch die Taufe alle Sünden und Verbrechen abgewaschen werden. (Sehr gut! und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich habe hier in meiner Hand die Weisungen, die vom Kommissar Schöne dem Russen übergeben wurden. In Rücksicht auf die deutschen

Staatsinteressen unterlasse ich es, diese Weisung öffentlich vorzutragen; denn ich bin nicht sicher, ob nicht ähnliche Angaben an Spitzel und Polizeispione in anderen Ländern, vielleicht auch in Rußland, schon herausgegeben wurden, und daß, wenn ich jetzt diese Tatsachen hier öffentlich bekannt machte, ich Leute ins Unglück stürzen könnte. Ferner unterlasse ich die Veröffentlichung in Rücksicht auf die Regierung, von der ich sonst nichts wissen will; ich werde, um ihr die Scham zu ersparen, nicht die Einzelheiten dem Hause vortragen. Es handelt sich also, kurz gesagt, um landesverräterische Handlungen. Es sind Stichworte angegeben, unter denen der Betreffende die militärischen und sonstigen Staatsgeheimnisse, die er in Rußland ausbaldowern sollte, hierher zu melden hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber da eine solche Spionage für ihn als russischen Untertanen nicht gut zugänglich war, sollte der Anschein erweckt werden, daß er ein Deutscher sei, und so, meine Herren, hat das Berliner Polizeipräsidium diesem russischen Kaufmann auf den deutschen Namen „Ernst Fiedler“ einen falschen Paß ausgestellt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und große Bewegung.) Ich habe hier in der Hand das Faksimile, die photographische Wiedergabe dieses Passes. Er sollte also als deutscher Geschäftsreisender Ernst Fiedler nach Rußland gehen und dort seine landesverräterischen Unternehmungen ins Werk zu setzen suchen. Da er aber zu der Reise nach Rußland nicht kommen konnte, ohne ein Visum der russischen Botschaft für den deutschen Paß zu haben, und da er obendrein als Jude in Rußland nicht zugelassen wurde, so hat das Berliner Polizeipräsidium diesem russischen Juden, also dem angeblichen Deutschen Ernst Fiedler folgende falsche Bescheinigung ausgestellt:

Dem Inhaber des Passes Nr. 838 II, Geschäftsreisenden Ernst Fiedler, wird auf Grund amtlicher Feststellungen behufs Erlangung des Visums seitens des Kaiserlich russischen Konsulats hierdurch bestätigt, daß er – Christ ist. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und stürmische Heiterkeit.)

Auf Grund dieser falschen Urkunde der Berliner Polizei, wodurch die Berliner Polizei ein Amtsverbrechen begangen hat, und auf Grund der zweiten falschen Urkunde, worin sie lügt – – (Glocke des Präsidenten. Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Graf zu Stolberg-Wernigerode: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, die Berliner Polizei habe ein Verbrechen begangen. (Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter *Bebel*: Meine Herren, auf diese Bescheinigung hin, daß der russische Kaufmann Christ sei, also ein gefälschtes Aktenstück, erlangte der Russe das Visum der russischen Botschaft, das ich im Faksimile ebenfalls vor mir habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das also sind die Konsequenzen

der Handlungsweise der Berliner Polizei. Es ist nicht das erste Mal, daß solche Fälle vorkommen. Ich habe bereits an meine Parteigenossen erinnert. Ich will hier weiter an den Prozeß Leckert-Lützow⁶ erinnern, in dem festgestellt wurde, daß der Schriftsteller Gingold Stärck, ein Österreicher, unter ganz ähnlichen Verhältnissen von der Berliner Polizei gezwungen wurde, ihr Spitzeldienste zu leisten bei Gefahr der Ausweisung. Freilich lagen damals keine gefälschten Pässe und keine gefälschten Zeugnisse über die religiöse Abstammung vor wie im vorliegenden Falle.

Meine Herren, ich fürchte sehr, daß nunmehr durch den russischen Kaufmann selber die russische Regierung von den Einzelheiten des Falles Kenntnis erlangte, daß sämtliche Aktenstücke, die ich hier im Faksimile vor mir habe, im Original schon heute in ihren Händen sind; denn der Mann hat selbstverständlich nunmehr so eilig wie möglich Berlin verlassen, und es wird Sache der russischen Regierung sein, ihn für seine gute Haltung entsprechend zu belohnen.

Aber, meine Herren, was soll mit einem Menschen wie dem Polizeikommissar Schöne geschehen, der in solch unglaublicher Weise das Reich und den preussischen Staat blamierte und seine vollendete Unfähigkeit zu seinem Amte dargetan hat? Wenn noch ein Funken Vernunft in unserem Regierungssystem ist, so wird dieser Mann morgen aus dem Dienst entlassen wegen vollendeter Unfähigkeit, und es muß außerdem der Prozeß gemacht werden den Behörden, die die gefälschten Urkunden ausgestellt haben.

Meine Herren, Sie werden zugeben, wir haben die größte Ursache, zu verlangen, daß diesem unglaublichen Polizeiuufug, der über Leib und Leben, über die Existenz, das Familienglück und die Ehre der Menschen verfügt, der unumschränkt waltet und alles selbst seinen verbrecherischen Diensten und Neigungen gefügig zu machen versucht, energisch entgegengetreten wird. (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist eine Gewissenlosigkeit sondergleichen, Männer, die sich nicht das Geringste zu Schulden kommen lassen, in eine Notlage zu bringen, um sie dadurch zu Verbrechen geneigt zu machen. Diesem Zustande muß ein Ende gemacht werden. Wir sind das der Ehre und dem Rufe Deutschlands schuldig. (Lebhaftes, wiederholtes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Stenographische Berichte über die
Verhandlungen des Reichstags,
11. Legislaturperiode, II. Session, 1905/1906,
Vierter Band, Berlin 1906, S. 2868-2879.

6 Siehe hierzu Nr. 51 in Band 4 dieser Ausgabe.

Frauenstimmrecht, politischer Massenstreik und Gewerkschaften

*Reden und Diskussionsbeiträge auf dem Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Frauenkonferenz
in Mannheim* ^[586]

I

Aus der Rede zum Frauenstimmrecht

23. September 1906

[...] ^[587] Ich bin heute aufs neue bestärkt worden in der Auffassung, daß die Frage des Frauenstimmrechts allein prinzipiell und zwar vom radikalsten Standpunkte aus behandelt werden kann und behandelt werden darf. Die Sozialdemokratie kann keine andere Politik als prinzipielle treiben. Sie darf sich auf keinem Gebiet von irgend einer anderen Partei übertrumpfen lassen (lebhafteste Zustimmung), und muß stets fordern was im Programm zum Ausdruck kommt. Die Freiheit und Gleichheit alles dessen, was menschliches Antlitz trägt, muß in allen unseren Forderungen im Parlament, in der Agitation und in der Presse zum Ausdruck kommen und danach müssen wir handeln. (Erneute Zustimmung.) Nur so können wir die Massen des Volkes für uns gewinnen und einen gewaltigen Druck ausüben, der endlich unsern Forderungen zum Siege zu verhelfen vermag. (Vielfaches Bravo!) Gewiß tritt sehr oft im Parlament an uns die Frage heran, ob wir die prinzipiellen Forderungen in ihrem ganzen Umfange und ihrer ganzen Schärfe aufstellen sollen, obwohl wir nicht die geringste Aussicht haben sie durchzusetzen. Die opportunistische Stellungnahme findet da immer eine Wurzel. Man glaubt, wenn wir weniger fordern würden, würden wir leichter das Wenige bekommen. Aber ich habe in meinem nahezu 40jährigen parlamentarischen Leben die Entdeckung gemacht, daß auch im politischen Leben das Wort gilt, das im bürgerlichen Leben so vielfach zitiert wird: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr!“ (Heiterkeit.) Wir können die bescheidensten Forderungen stellen, und sie werden uns nicht erfüllt, wenn nicht der Druck der Verhältnisse hinter uns steht. Hinter der prinzipiellen Forderung steht an sich der Druck, den die Gründe ausüben, die man für ein Prinzip anzuführen

vermag. Da kommen uns unsere Gegner wenigstens ein Stück entgegen. Vielleicht erreichen wir, gestatten Sie den Ausdruck, mit Unverschämtheit, was wir mit Bescheidenheit nie erreicht hätten. In den letzten Wochen und Monaten ist so oft gesprochen worden von der Machtlosigkeit der Sozialdemokratie. Kein falscheres Wort als dieses. (Lebhafter Beifall.) Ich behaupte, daß im Deutschen Reich keine mächtigere Partei existiert als die unsere. Die Sozialdemokratie ist es, die unser ganzes politisches und soziales Leben im Innern und Aeußeren beherrscht. Ohne ihre Existenz würden wir weit hinter dem zurückstehen, was wir heute erreicht haben. (Beifall.) Einen Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung liefert gerade die Erfahrung der Frauenbewegung in den letzten 15 Jahren. Das Zentrum sträubte sich anfangs der 90er Jahre mit aller Kraft gegen die Forderung, dem weiblichen Geschlecht die ihm damals noch verschlossene Bahn geistiger Betätigungen zu öffnen.¹ Vor zwei Jahren erklärte zur allgemeinen Ueberraschung einer der konservativsten Herren des Zentrums, Freiherr v. Hertling, sich mit aller Vehemenz für die Zulassung der Frauen zu allen Studienzweigen. Einen solchen Wechsel in der Auffassung, eine solch völlige Umwandlung in den Ueberzeugungen kann nur durch den beständigen Druck erzeugt worden sein, den die Schichten ausgeübt haben, die an einer solchen Umwandlung sozial interessiert sind.

Eine andere Frage ist die des Vereins- und Versammlungsrechtes. In manchen Staaten, sogar im reaktionären Sachsen, sind Männer und Frauen in dieser Beziehung gleichgestellt. In anderen Staaten aber – und Preußen marschiert natürlich überall in der Reaktion voran – hat man den Frauen das Vereinsrecht in großem Umfange beschränkt. Einem Fortschritt auf diesem Gebiete ist auch das Zentrum stets entgegengetreten. Jetzt hat es teilweise mit unter dem Druck der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in wiederholten Erklärungen anerkennen müssen, daß angesichts der gewaltigen sozialen Umwandlung, die Millionen und Abermillionen von Frauen in den Existenzkampf getrieben hat, die ihnen hierfür notwendige Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Koalition nicht länger verweigern dürfe. Für volle politische Vereins- und Versammlungsfreiheit der Frauen kann sich das Zentrum noch nicht erklären, aber auch das wird kommen.^[118] Diese Fortschritte beweisen, in welcher Weise wir weiter arbeiten müssen, um zu einem vollen Erfolge zu gelangen. Der Frage der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für die Frauen stehen bisher die bürgerlichen Parteien sehr ablehnend gegenüber. Darüber brauchen wir uns um so weniger zu wundern, als in weiten bürgerlichen Kreisen die Abneigung gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte

1 Siehe hierzu Nr. 3 in Band 3 dieser Ausgabe.

Wahlrecht überhaupt besteht, und sehr einflußreiche Kreise bis auf den heutigen Tag daran denken, dieses Wahlrecht bei der ersten besten Gelegenheit zu beseitigen oder zu beschränken. Diese Leute sind natürlich nicht geneigt, das Wahlrecht auf die Frauen auszudehnen. Gleichwohl wage ich die Behauptung, daß wir in Deutschland Aussicht haben, weit eher das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Frauenwahlrecht zu bekommen, als daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht überhaupt abgeschafft wird. (Große Bewegung.) Das letztere ist wohl überhaupt nicht möglich, denn ich bin überzeugt, daß in diesem Falle alle stimmberechtigten Arbeiter ohne Unterschied der Partei, die durch die Beseitigung des Gesetzes geschädigt würden, sich zu einem Kampfe erheben würden, wie ihn Deutschland noch nicht gesehen hat. Genau so wie vor der Empörung seiner eigenen Arbeiter 1898 das Zentrum davor zurückschreckte, das Zuchthausgesetz² in irgend einer Form anzunehmen, so hat es noch in viel höherem Maße alle Veranlassung, am Prinzip unseres Reichstagswahlrechtes nicht zu rütteln. (Sehr wahr!) Auf der anderen Seite ist nicht ausgeschlossen, daß in dem Maße, wie die Unzufriedenheit der Masse wächst und die sozialistische Stimmenzahl sich steigert, die Idee an Boden gewinnt, es auf die Frauen auszudehnen, weil unter ihnen noch eine ungeheuere Anzahl sich befindet, die vorläufig noch den sozialdemokratischen Ideen gegnerisch gesinnt sind. Mit dieser Tatsache rechnend, die man nicht bestreiten kann, – die Frauen sind meist noch politisch indifferent und, soweit sie einer Führung folgen, folgen sie mehr der konservativen und der Geistlichkeit –, mit dieser Tatsache also rechnend, wird die Majorität durch die Einführung des Frauenstimmrechtes die Sozialdemokratie auf einige Zeit zurückzudrängen in der Lage sein. Das ist unzweifelhaft richtig. Aber trotzdem wäre es der größte Fehler, wenn wir uns gegen die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen erklären wollten. Alle die Gründe, die heute gegen das Stimmrecht der Frauen geltend gemacht werden, wurden seinerzeit auch gegen das Stimmrecht der Männer vorgebracht. Ich selbst habe mich vor 43 Jahren als Mitglied des Leipziger Arbeiterbildungsvereins gegen das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen, weil die Arbeiter politisch noch nicht genug gebildet seien³, was von einem erheblichen Teil auch heute noch gilt; denn noch jetzt nach fast 40 Jahren stimmen in Deutschland 7½ Millionen Wähler gegen uns. Es ist kein Zweifel, daß die Mehrheit dieser Wähler aus Arbeitern besteht, die gegen ihre eigenen Klasseninteressen stimmten. Aber das hat niemand von uns veranlaßt, sich gegen das allgemeine Stimmrecht auszusprechen, sondern wir agitieren unausgesetzt und bringen immer größere Kreise zu der Erkenntnis, in der

2 Siehe hierzu Nr. 63 in Band 4 dieser Ausgabe.

3 Siehe S. 60 in Band 6 (Aus meinem Leben) dieser Ausgabe.

Sozialdemokratie das Heil für ihre Zukunft zu erblicken. Schon haben wir 3 Millionen, und ich hoffe, daß wir 4, 5 und 6 Millionen und schließlich die Majorität gewinnen werden. Wenn nun die Reaktionäre als letzte Zuflucht für ihre Herrschaft die Frauen anrufen, so werden wir Männer gezwungen sein, innerhalb der Frauenwelt mit aller Macht zu agitieren, und dann wird bald der letzte Anker gebrochen, an den sich die Gesellschaft noch anklammern kann.

Den Genossen in Belgien und Oesterreich ist zuzugeben, daß die kulturellen Zustände in ihren Ländern zum Teil noch tiefer sind als bei uns. Wer die Gewalt der Kirche über die Frauenwelt in den katholischen Gegenden Deutschlands kennt, wird verstehen, aus welchen Gründen die Genossen dort glaubten, daß die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen die Reaktion gewaltig stärken würde. Ich halte es für eine Täuschung, daß die Reaktion jetzt schon bereit wäre, nicht nur den Männern, sondern auch den Frauen das allgemeine Wahlrecht zu gewähren. Auf der anderen Seite aber wäre es von eminentem agitatorischen Werte gewesen, wenn die Genossen diese Forderung aufgestellt und damit die Unzufriedenheit in die gegnerischen Kreise hineingetragen hätten. Und wenn später die Frage ernsthaft aktuell wird, konnten sie sagen: Wir sind in erster Linie für dieses Frauenrecht eingetreten. Ich will hier keine Polemik mit unsern ausländischen Genossen führen, ich habe mich nur für verpflichtet gehalten, Gründe und Gegengründe kurz anzugeben. Wir werden auf dem nächsten internationalen Kongreß, der in Stuttgart stattfinden wird, sowieso über diese Frage sprechen müssen.^[588]

Für mich ist es zweifellos: wenn wir Erfolge erringen wollen – und Erfolge müssen wir erringen –, so können wir sie nicht erringen, wenn wir von vornherein auf unsere prinzipiellen Forderungen verzichten und erklären, daß wir nur auf Konzessionen rechnen. Ich halte das für eine verfehlte Taktik und darum freue ich mich, daß die Frauenstimmrechtsfrage hier behandelt worden ist und bitte Sie, die vorgeschlagene Resolution^[589] einstimmig anzunehmen. Sie verpflichten damit auch die Partei für sie einzutreten und ihr früher oder später zum Siege zu verhelfen. (Lebhafter Beifall.)

Protokoll über die
Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906 sowie Bericht über die
4. Frauenkonferenz am 22. u. 23. September 1906 in Mannheim,
Berlin 1906, S. 457-459.

II

Referat und Resolutionsentwurf über die Stellung zum politischen Massenstreik

26. September 1906

Als wir im vorigen Jahre in Jena auseinandergingen, hat wohl niemand geahnt, daß wir in diesem Jahre schon wieder über den politischen Massenstreik sprechen müssen. Wie das gekommen ist, ist Ihnen allen bekannt. Die Art, wie diese Diskussion provoziert wurde, muß allerdings auf das entschiedenste verurteilt werden. Sie wissen, daß auf Grund einer vertraulichen Besprechung durchaus unverbindlicher Art, die Generalkommission und Parteivorstand im Februar hatten, und über welche die Generalkommission in der kurz darauf folgenden Konferenz der Zentralvorstände berichtete, ein Protokoll aufgenommen wurde^[590], das allerdings – wie ich nachweisen werde – die Verhandlungen zum Teil unrichtig wiedergibt. Durch die Indiskretion der sogenannten „Einigkeit“ in Berlin^[591] ist es dann zu großen Debatten gekommen. Ich finde, daß der Titel „Einigkeit“ in diesem Falle der reinste Hohn ist. (Sehr richtig!) Wenn man loyal zu Werke gehen wollte, und wenn die betreffenden Redakteure sich als Parteigenossen betrachteten, war es ihre Pflicht und Schuldigkeit, da aus dem Protokoll klar hervorging, daß der Parteivorstand bei diesen Verhandlungen nicht vertreten war, zunächst einmal bei diesem anzufragen, ob das Protokoll in Wahrheit das wiedergibt, was in der vertraulichen Besprechung verhandelt worden war. (Sehr richtig!) Wenn sie dann mit der Antwort nicht zufrieden waren, mochten sie tun, was sie für gut hielten. Aber auch dann würde ich die Veröffentlichung als Treubruch charakterisieren müssen. (Sehr richtig!) Doch trifft vielleicht auch hier das Wort zu von der Kraft, die das Böse will und das Gute schafft.

Nach einer Richtung hin muß ich meine lebhafteste Verwunderung aussprechen, nämlich darüber, daß als jene tendenziöse Entstellung des Protokolls veröffentlicht wurde, ein Teil der Parteipresse ohne weiteres diese Dinge als wahr und richtig unbesehen hinnahm und sich in der schärfsten Kritik gegen Parteivorstand und speziell gegen meine Person erging. Man nahm unbesehen an, daß das, was da berichtet sei, auf Wahrheit beruht. Ich stehe nicht an, zu erklären: Wenn das wahr wäre, was damals durch die „Einigkeit“ veröffentlicht wurde und was bis zu einem gewissen Grade im Protokoll der Generalkommission seine Bestätigung findet, dann gäbe es keine Verurteilung scharf genug gegen diejenigen, die sich das erlaubten. Denn dann wäre unsere Handlungsweise, speziell die meinige, nichts mehr und nichts weniger als Parteiverrat. Ich kann es mir nicht vorstellen, daß eine Behörde wenige Monate nach einem Parteitage, auf dem eine bestimmte Resolution, von ihr selbst eingebracht, angenommen wurde, die die Richtschnur

für die Parteipolitik bilden soll, entgegen einer solchen sich in eine Verhandlung mit einer Körperschaft einläßt, die bezwecken soll, einen vom Parteitag gefaßten Beschluß nichtig zu machen. Man hätte doch erwarten dürfen, daß wenigstens die betreffenden Parteiblätter sich die Frage vorgelegt hätten, ob einem Manne, der ein volles Menschenalter lang für die Partei gekämpft hat, ob dem eine derartige Felonie und Niedertracht zugetraut werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich auch billige, daß Mißtrauen beobachtet wird, daß man die Behörden der Partei, die eine leitende Gewalt haben, beobachtet und ich Mißtrauen für eine demokratische Tugend ansehe, so ist doch die Art, wie diesmal das Mißtrauen in der Partei zum Ausdruck gekommen ist, ein so starkes Stück, wie ich es noch nicht kennen gelernt habe.

Wir im Parteivorstand waren selbstverständlich durch die Veröffentlichungen der sogenannten „Einigkeit“ in eine unangenehme Lage versetzt. Die Verhandlungen hatten in einer Versammlung der Zentralvorstände der Gewerkschaften stattgefunden, man hatte diese Verhandlungen für geheim erklärt, das Protokoll war nur an eine beschränkte Zahl von Personen hinausgegeben und allen zur Pflicht gemacht worden, den Inhalt desselben streng vertraulich zu behandeln, und nun erscheint auf einmal durch die Indiskretion eines angeblichen Parteiblattes ein Teil aus diesen Verhandlungen, der sie obendrein noch in ein falsches Licht setzt. Der Parteivorstand, der der Hauptangeklagte ist, ist gezwungen, auf Grund der Tatsache, daß jene Verhandlungen für geheim erklärt worden sind, zu schweigen. Ich glaube niemals, so lange wir eine sozialdemokratische Partei in Deutschland haben, ist eine Parteileitung in einer so unangenehmen Lage gewesen, wie wir damals im Parteivorstand. (Sehr richtig!) Wir mußten damals alle Angriffe über uns ergehen lassen und mußten uns darauf beschränken, einige Richtigstellungen vorzunehmen, auf den Inhalt der Verhandlungen aber konnten wir nicht eingehen. Dabei verstand es sich von selbst, daß nachdem einmal die Indiskretion begangen war, sowohl unter den Parteigenossen, wie unter den Gewerkschaftsmitgliedern das dringende Verlangen bestand, nunmehr klar zu sehen, und genau zu wissen, was verhandelt worden sei, um ein endgültiges Urteil in der Sache zu haben und danach ihre Stellung einnehmen zu können. Es war daher selbstverständlich, daß wir uns an die Generalkommission wandten, sie möge, soweit die Verhandlungen über Partei und Gewerkschaft in Frage kämen, das Protokoll frei geben, um auf diese Weise der gesamten Partei und der Öffentlichkeit Einblick in die Verhandlungen zu ermöglichen.^[592] Die Generalkommission hat dies abgelehnt und hat sich an den Beschluß der Konferenz gebunden erachtet. Damit konnten wir uns jedoch nicht einverstanden erklären, denn die Kritik in der Presse wurde immer schärfer, die Unzufriedenheit der Genossen immer größer und in zahlreichen Zuschriften an den Parteivorstand

gaben die Genossen ihrem Unwillen entschiedensten Ausdruck und verlangten unter allen Umständen, daß der Parteivorstand dafür einzutreten habe, daß das Protokoll der Öffentlichkeit übergeben werde. Wir stellten darauf an die Generalkommission das Verlangen, sie möchte die Umfrage an die Teilnehmer der Konferenz richten, ihnen die Sachlage darlegen und sie ersuchen, die Erlaubnis zur Veröffentlichung zu geben. Das Abstimmungsresultat ist so gewesen, daß die große Mehrheit der Vertreter auf jener Gewerkschaftskonferenz diese Veröffentlichung abgelehnt hat. Wir waren dadurch in eine noch schlimmere Lage versetzt als vordem. Wir schritten schweren Herzens zu dem Vorgehen, das allen bekannt ist. Wir sind der Meinung gewesen, daß höhere Interessen auf dem Spiele stehen und daß es unmöglich sei, die Sache länger zu vertuschen, weil notwendig mit jedem Tag der Unwillen und die Unzufriedenheit in der Partei und den Gewerkschaften immer größer wurde und allen möglichen Verdächtigungen Tür und Tor geöffnet bleibe. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verstehen, daß die Generalkommission über den Beschluß des Parteivorstandes, das Protokoll zu veröffentlichen, auf das äußerste erbittert war. Aber wir müssen doch auch bitten, daß die Mitglieder der Generalkommission sich einmal in unsere Lage versetzen und sich die Frage vorlegen, was sie getan haben würden an der Stelle des Parteivorstandes. Die Generalkommission würde in einem solchen Falle zu keiner anderen Handlungsweise gekommen sein wie der Parteivorstand. Wir haben lange über diese Frage diskutiert, wir haben alle möglichen Fälle in Erwägung gezogen, aber die Gründe für die Veröffentlichung waren so stark, daß wir glaubten, es wagen zu müssen, im Widerspruch mit der Generalkommission die Veröffentlichung vorzunehmen^[593]. Und ich glaube, die Veröffentlichung hat keinen Schaden gestiftet. (Sehr richtig!) Jedenfalls wäre der Schaden, der ohne die Veröffentlichung eingetreten wäre, ein weit größerer gewesen. Auch die Generalkommission sagt in einer Erklärung, es sei durch die Veröffentlichung erwiesen, daß auf der Konferenz nichts geäußert worden sei, was die Gewerkschaftsvertreter vor den Parteigenossen zu verheimlichen hätten. Ist das der Fall, so muß um so mehr der Schritt, zu dem wir uns in der äußersten Not – von allen Seiten gedrängt – entschlossen, auch auf billige Berücksichtigung von jener Seite stoßen und die Sache als unumgänglich hingenommen werden, weil auf andere Weise eine gründliche Aussprache nicht möglich gewesen wäre. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich habe bereits erklärt, daß diese Besprechung, die im Februar dieses Jahres zwischen Generalkommission und Parteivorstand stattgefunden hat, eine durchaus unverbindliche war, so unverbindlich, daß wir im Parteivorstand, als wir den Beschluß zu dieser Einladung gefaßt hatten, uns nicht einmal unter *uns* verständigt haben, was wir der Generalkommission in der Zusammenkunft sagen wollten. Wir haben es jedem einzelnen Vorstandsmitglied überlassen, welche Mittei-

lungen, Anschauungen und Äußerungen er in dieser vertraulichen Besprechung machen wolle. Es war von vornherein nicht beabsichtigt, nach irgend einer Richtung hin bindende Beschlüsse zu fassen. Das finden Sie auch bestätigt in dem Protokoll der Generalkommission auf Seite 6, wo Legien wiederholt erklärt, daß die am Freitag abgehaltene Besprechung über die Stellung der Generalkommission zu der Frage des politischen Massenstreiks eine durchaus *unverbindliche* gewesen sei – eine Abmachung, die nach keiner Richtung hin, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite zu bestimmten Beschlüssen drängen sollte. Wir sind zu dem Beschlusse, diese Verhandlung zu führen, gekommen, als sich gleichzeitig für uns die Notwendigkeit herausstellte, mit der Generalkommission über die oberschlesischen Partei- und Gewerkschaftsverhältnisse Rücksprache zu nehmen.

Das war die erste Veranlassung zu einer Besprechung, und diese Verhandlungen haben einen Tag völlig ausgefüllt. Dann kam die zweite Verhandlung, in der wir in unverbindlicher Weise die Situation besprachen und unsererseits erklärten, daß die Lage nach unserer Auffassung derart sei, daß unter den dermaligen Verhältnissen unter keinen Umständen an einen Generalstreik zu denken sei, weil er unrettbar mit einer glänzenden Niederlage der Partei endigen würde. (Hört! hört!) Aus dem Protokoll soll auf Seite 7 und 8, wo das Referat des Genossen Silberschmidt steht, der Gedankengang hervorgehen, den ich in meiner Rede entwickelt habe.^[594] Nun habe ich die erste Rede in jener vertraulichen Besprechung gehalten, und diese Rede hat nach meiner Auffassung sicherlich eine Stunde gedauert, nach der Auffassung der Genossen im Parteivorstande war sie von noch längerer Dauer. Jedenfalls war es eine Rede, die mit dem Inhalt einer Druckseite im Protokoll nicht erschöpfend wiedergegeben werden konnte. (Sehr richtig!)

Also, wenn schon an sich der Rauminhalt in dem Silberschmidtschen Referate zeigt, daß unmöglich der Inhalt meiner Rede auch nur annähernd wiedergegeben sein kann, so kommt hinzu, daß die verschiedenen Gedankengänge derart ineinander und aneinander geschoben worden sind, daß sie notwendigerweise zu einem durchaus falschen Bilde führen mußten. Ich habe in der Konferenz meine Anschauung, wie ein Massenstreik zu inszenieren ist, auseinandergesetzt. Ich habe dabei ausführlich Veranlassung genommen, die ganze innere Situation, speziell die des Königreichs Preußen, einer Kritik zu unterziehen. Ich habe nachdrücklich darauf hingewiesen, daß darüber kein Zweifel besteht, daß ein Generalstreik in Deutschland beziehungsweise in Preußen etwas anderes bedeuten würde, als in irgend einem anderen Lande der Welt, daß die Gewalten und die Organisation, die uns hier gegenüberstehen – auf der einen Seite das preußische Königtum und Junkertum, auf der anderen Seite die stramm organisierten

Industriebarone –, daß diese jedem Versuch eines Massenstreiks mit derartig brutalen Mitteln entgegentreten könnten, daß, wenn wir zu jenem schreiten wollten, wir weit besser organisiert sein müßten, als wir es jetzt und auf lange Zeit hinaus sein könnten. Es wäre die Unmöglichkeit vorhanden, unter diesen Umständen daran zu denken, einen derartigen Massenstreik in Szene zu setzen, es stünde vielmehr zweifellos zu erwarten, daß der Massenstreik fehlgehen würde und daß auch das Scharfmachertum sofort die Gelegenheit ergreifen werde, zu Ausnahmemaßregeln zu schreiten. Dabei sei es ganz sicher zu erwarten, daß diese Ausnahme Gesetze die nötige Berücksichtigung an den maßgebenden Stellen im Reichstag und in anderen Körperschaften finden würden. (Sehr richtig!)

So haben wir uns gesagt, es wäre im höchsten Maße gewissenlos, wenn wir in einer solchen Situation einen derartigen Schritt täten. Wir müssen protestieren gegen die Äußerung einiger Parteigenossen in der Presse, wir hätten den Massenstreik riskieren müssen, selbst in der sicheren Voraussicht, dabei zu unterliegen. (Sehr richtig!) Freilich gibt es Momente im Leben der Völker, wo es heißt: „*coûte que coûte*“ (koste es was es wolle), wo der Kampf bis zum äußersten aufgenommen werden muß, selbst in der Voraussicht einer sicheren Niederlage. Aber ich bestreite auf das entschiedenste, daß in jenem Moment die Situation in Preußen so beschaffen war, daß ein derartiger Kampf aufgenommen werden durfte. Man würde jeden General, der seine Armee in eine Schlacht führt, in der der Untergang des Heeres sicher ist, für wahnsinnig halten, ihn sofort vor ein Kriegsgericht stellen und innerhalb 24 Stunden erschießen. In einer ganz ähnlichen Situation würde sich der Parteivorstand befinden. Eine solche Aktion wäre nichts als eine Kopflösigkeit und müßte mit einer furchtbaren Niederlage enden. Ich glaube, daß gerade diejenigen, die den Vorstand jetzt heftig kritisieren, die ersten sein würden, die alsdann mit ihrer Kritik gegen uns vorgingen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Haltung, die ein Teil der Parteipresse gegen den Parteivorstand bei dieser Gelegenheit eingenommen hat, muß mich zu diesem Urteil führen.

Es ist nun aber begreiflich, daß die Gewerkschaftsführer, als ich diese Gesichtspunkte entwickelte, hierin nicht nur eine Bestärkung ihres Standpunktes erblickten, sondern mit Genugtuung auch noch weitergehende Schlüsse zogen, als sei ich überhaupt gegen jeden Massenstreik und gegen jede Massenstreikpropaganda.

Daß diese meine psychologische Erklärung von der Auffassung der Gewerkschaftsführer richtig ist, geht daraus hervor, daß unmittelbar auf der Konferenz selber derartige Anschauungen zu Tage traten, so daß ich genötigt war, auf das entschiedenste zu erklären, ich stünde nach wie vor auf demselben Standpunkt

wie in Jena und hätte von meiner Jenaer Rede⁴ kein Wort zurückzunehmen. Es ist eine falsche Auffassung der Jenaer Resolution, als verlangte sie, daß wir bei nächster Gelegenheit ohne weiteres in einen Massenstreik eintreten sollten. Ich will nachweisen, daß diejenigen, die da sagen, den großen Worten von Jena sei keine Tat gefolgt, die Jenaer Verhandlungen, wie ich zu ihrer Ehre annehme, vergessen haben. Von ihrer Gewissenhaftigkeit hätte ich allerdings erwartet, daß sie, ehe sie ein solches Urteil fällten, das Protokoll von Jena zur Hand genommen und geprüft hätten, was Bebel und die anderen dort gesagt haben. (Sehr richtig!) Wäre das geschehen, so hätten sie in meiner ganzen Rede nicht einen Satz gefunden, der so ausgelegt werden könnte. Ich habe das Protokoll über die Verhandlung über den Massenstreik in Jena zweimal Wort für Wort durchgelesen und war überrascht, wie korrekt der Standpunkt war, den wir dort eingenommen haben. Daß ich selbst schon auf der Konferenz mich gegen mißverständliche Aeußerungen von Mitgliedern der Generalkommission gewendet habe, erklärt Silberschmidt selbst in einer Bemerkung gegen Geyer auf Seite 47 des Protokolls der Verhandlungen der Gewerkschaftsvorstände. Dort heißt es: Allerdings hat Bebel erklärt, daß er das, was er in Jena gesagt, auch heute noch Wort für Wort aufrecht erhält.^[595] Das steht aber im schärfsten Widerspruch zu der Mitteilung Silberschmidts auf Seite 7 des Protokolls. Ich erkläre mir diesen Widerspruch, wie gesagt, aus dem angeführten psychologischen Momente heraus.

Ein Blick auf die bisherige Massenstreikdebatte zeigt, daß ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsführer und -mitglieder an die Ausführbarkeit eines Massenstreiks nicht gedacht werden kann. Die bloße Tatsache, daß die Zahl der politisch organisierten Genossen nur 400 000 beträgt, muß jeden vernünftigen Menschen überzeugen, daß die Arbeitseinstellung dieser, selbst wenn auch ein gewisser Anhang dazu gerechnet wird, wirkungslos sein muß. Es ist überhaupt undenkbar, einen Massenstreik durchzuführen, ohne daß in den breitesten Massen die Gesamtstimmung dafür vorhanden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben wir gesehen, als Mitte August d.J. die Führer der russischen Sozialdemokratie mit zwei Drittel Mehrheit den Massenstreik beschlossen. Dieser Massenstreik aber scheiterte, weil die große Mehrheit der Arbeiter und Arbeiterorganisationen erklärten, sie machten nicht mit. Das sollte eine sehr bemerkenswerte Lehre für diejenigen sein, die da glauben, in jedem Augenblick sei ein Massenstreik zu machen. (Sehr richtig!)

Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß die Situation in Rußland mit der in Deutschland nicht zu vergleichen ist. Rußland ist ein ökonomisch und poli-

4 Siehe Nr. 46/II in Band 7/2 dieser Ausgabe.

tisch sehr rückständiges Land.⁵ Rußland wird despotisch regiert, die Bevölkerung hat nicht die geringsten politischen Rechte. Was sie sich erobert hat, ist dem Zarat abgerungen, aber noch nicht gesetzlich sanktioniert. Der Kampf in Rußland ist ein revolutionärer Kampf, bei dem es sich darum handelt, die elementarsten Grundbedingungen des modernen staatlichen Lebens erst zu erobern. (Sehr richtig!)

Es ist natürlich, daß die Arbeiter, die diesen Kampf führen, dabei auch soziale Verbesserungen ihrer Lage herbeizuführen suchen. Selbstverständlich nimmt dieser Kampf Formen an, die wir bisher in keiner Revolution gekannt haben. Die Arbeiterklasse greift natürlich zu der Waffe des Massenstreiks, weil es in Rußland die einzig mögliche Waffe für sie ist. (Sehr richtig!) In jedem revolutionären Kampfe werden stets neue Kampfmethoden angewandt, die der ökonomischen Struktur der Länder entsprechen. Aber auch in Rußland, wo der Massenstreik naturgemäß eine große Rolle in der Revolution spielen muß, scheidert er, wenn die Massen in einer gegebenen Situation keine Stimmung dazu empfinden. Das hat die russische Sozialdemokratie erfahren. In Rußland wird der Kampf um eine neue Staatsordnung geführt, bei uns aber sind seit einer längeren Reihe von Jahren die Vorbedingungen, um die man in Rußland noch kämpfen muß, bereits erkämpft. (Sehr richtig!) Deshalb ist die Situation in Deutschland nicht mit der in Rußland zu vergleichen. Soviel wir an der Ordnung der Dinge auch auszusetzen haben, niemand wird doch behaupten, daß wir in unserem Kampfe in allen Fällen zu ähnlichen Methoden zu greifen hätten wie unsere russischen Genossen. (Sehr richtig!) Wir haben im Deutschen Reiche das allgemeine Stimmrecht. Dabei will ich einfügen: Wenn Genosse Maurenbrecher gegen unsere Taktik auf den Wahlrechtskampf in Oesterreich^[596] verweist, so sollte ein Mann, der auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen und tiefe historische Studien gemacht haben will, doch wissen, daß die Oesterreicher um ein Wahlrecht kämpfen, das bei uns seit fast 40 Jahren verwirklicht ist. Die österreichischen Arbeiter kämpfen in diesem Augenblick um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für den Reichsrat, also für eine ähnliche Institution wie bei uns der Reichstag. Den Kampf um das allgemeine Wahlrecht für die Landtage mit Massenstreiks zu führen, ist den österreichischen Arbeitern nicht eingefallen. Sie sagten sich: Wir können nicht an der Spitze anfangen, ehe die Grundlage geschaffen ist. Der Vergleich mit Oesterreich trifft also in keiner Weise zu. Billigerweise sollte man erwarten, daß ein Mann, der sich als Politiker aufspielt, der Historiker sein will, diese Tatsachen kennt, um solche Vergleiche zu unterlassen. (Sehr richtig!)

5 Siehe hierzu Nr. 61 in Band 4 sowie Nr. 43 in Band 7/2 dieser Ausgabe.

Lange vor Rußland sind Massenstreiks von den Arbeitern in Belgien, Holland, Schweden und Italien geführt worden. Diese sind aber in ihrem Wesen und in ihrem Ziel mit dem russischen Massenstreik nicht zu vergleichen. In Rußland handelt es sich um einen großen revolutionären Kampf, der um die primitivsten staatlichen Existenzbedingungen geführt wird, auf der anderen Seite aber nur um Kämpfe, um ganz bestimmte Ziele und bestimmt abgegrenzte Zwecke. 1893 hat es sich in Belgien um die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts gehandelt.⁶ Der Massenstreik hatte unzweifelhaft Erfolg, insofern als die Klassenwahl abgeschafft und das allgemeine Wahlrecht allerdings mit dem Pluralsystem gegeben wurde. Im Gegensatz zu früher, wo sie nicht einen Vertreter in der Kammer hatten, haben die belgischen Genossen jetzt über 30 Vertreter in der Kammer. Dagegen ist der zweite Massenstreik in Belgien im Anfang dieses Jahrhunderts gegen das Pluralsystem mißlungen.^[597] Vielleicht deshalb, weil beim ersten Male die belgische Bourgeoisie überrumpelt wurde und sich ins Bockshorn jagen ließ, das zweite Mal aber nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Ganz ähnlich liegt es mit den Massenstreiks in Holland, Schweden und Italien. In Italien z.B. waren die Massenstreiks spontane Ereignisse, die aus dem Naturell des Volkes erklärlich sind. Die Frage liegt bei uns insofern ähnlich, als wir eventuell mit dem Massenstreik einen bestimmt umgrenzten Zweck erreichen wollen. Es handelt sich bei uns nicht um die Umgestaltung des ganzen politischen Oberbaues der bürgerlichen Gesellschaft. Zudem ist bei uns der Massenstreik, soweit es sich dabei um Eroberung eines politischen Rechtes handelt, im wesentlichen auf Norddeutschland beschränkt. Die süddeutschen Staaten sind bereits Besitzer des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Landtage. Es ist also selbstverständlich, daß, wenn die Norddeutschen als letztes Mittel zur Eroberung des Landtags-Wahlrechts zum Massenstreik greifen, die Süddeutschen dabei nicht mitmachen. Sie können uns nur moralisch und materiell unterstützen. Eine Hoffnung auf einen allgemeinen Sympathiestreik der Süddeutschen wäre auf Sand gebaut. Das müssen wir uns sagen, wenn wir die Situation kalt und nüchtern betrachten. Und gerade bei dieser Frage ist eine solche Betrachtungsweise vor allem angebracht.

Ob es im Falle eines Massenstreiks zu Blutvergießen kommen müßte, ist nicht meine Ansicht. Hier weichen meine Anschauungen von denen anderer ab. Jedenfalls darf man nicht sagen, weil in Rußland die Revolution mit dem Massenstreik eingesetzt hat, wird ein Massenstreik bei uns ebenfalls den Beginn einer Revolution bedeuten. Die Dinge wiederholen sich nicht nach derselben Schablone. Der wiederholt ausgesprochene Gedanke, daß ein Massenstreik die Revolution be-

6 Siehe Nr. 20/IV in Band 3 dieser Ausgabe.

deute, und diese uns nicht erspart werde, hat ja neulich die Mainzer Genossen unter Führung des Genossen Dr. David veranlaßt, zu erklären, daß unter keinen Umständen an eine blutige Revolution bei uns gedacht werden dürfe.^[598] Der Massenstreik könne zwar einmal als letzte Waffe dienen, aber immer nur als friedliches Kampfmittel. Nun, Parteigenossen, welche Wirkungen von einer unzufriedenen Masse eventuell ausgehen werden, entzieht sich jeder Berechnung. Wir haben nie erklärt, daß wir eine Revolution machen wollen, wir haben immer erklärt, daß Revolutionen von oben, von den herrschenden Klassen gemacht werden, die den berechtigten Wünschen des Volkes nicht nachkommen. Diese Auffassung haben auch die alten bürgerlichen Staatsrechtslehrer allezeit vertreten und wir mit ihnen.⁷ Daß aber, wenn das Maß der Unzufriedenheit im Volke den höchsten Grad erreicht hat, es zu explosiven Ausbrüchen kommen kann, ist niemals ausgeschlossen. Diejenigen, die da meinen, Deutschland sei infolge des Volkscharakters der Deutschen für alle Ewigkeit gegen derartige Revolutionen gefeit, die irren sich gewaltig. (Sehr richtig!) Ich kann also nicht das Gegenteil behaupten. Das hängt von den Verhältnissen und den daraus resultierenden Stimmungen ab, die künstlich nicht gemacht werden können. Ebenso wenig wie man sagen kann, es wird zur Revolution kommen, kann man sagen, es wird auf *keinen* Fall zu gewaltsamen Eruptionen in Deutschland kommen. (Sehr richtig!) Für uns kommen für die Anwendung des Massenstreiks bestimmte Voraussetzungen in Frage. In der Jenaer Resolution heißt es, daß es im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes Mittel anzuwenden und als *ein* solches Mittel bezeichnen wir die Massen-Arbeitseinstellung. Nun stehe ich nicht an, zu erklären, daß, wenn ein Attentat auf das allgemeine Wahlrecht geplant wird, oder wenn den Arbeitern das Koalitionsrecht genommen werden soll, gar nicht mehr die Frage entstehen kann, ob wir *wollen*, sondern dann *müssen* wir. (Sehr richtig!) Rechte, die wir besitzen, lassen wir uns nicht nehmen, sonst wären wir erbärmliche, elende Kerle. (Lebhafteste Zustimmung.) Hier ist der Punkt, wo es kein Feilschen und kein Besinnen mehr gibt. Alsdann haben wir allesamt ins Feuer zu gehen, und wenn wir auf der Strecke bleiben. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Wenn die Gegner das versuchen, dann haben sie auch die Konsequenzen zu tragen. Dann sind wir als Männer und Frauen, die ihre Menschenrechte verteidigen, Rechte, ohne die kein Volk mehr existieren kann, gezwungen, alles aufzubieten, um ein solches Attentat zurückzuweisen, koste es, was es wolle. (Sehr richtig!) Ich habe die felsenfeste Ueberzeugung, daß alsdann auch weit über den Rahmen der deutschen Sozialdemo-

7 Siehe hierzu Nr. 27 in Band 1, Nr. 2, 13, 51 in Band 2/1 und Nr. 34 in Band 3 dieser Ausgabe.